

Arbeit & Wirtschaft



Durchziehen!

Die Wirtschaftskrise zehrt an Österreichs Kräften. Angesichts von Produktionsrückgang und Budgetdefizit heißt es aber: durchhalten und mutig entscheiden.

In die Zukunft lenken / 6
Welche Wirtschaftspolitik uns aus der Misere holt

Rathaus ratlos / 26
Gemeinden sollen investieren und sparen zugleich

#3



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Saskia Blatakes, Johannes Greß,
 Margaretha Kopeinig, Naz Küpüktekin, Robert Misik,
 Milena Österreicher, Nadja Riahi, Helene Schuberth,
 Nora Tödttling-Musenbichler

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Der Journalist **Robert Misik**, selbst SPÖ-Mitglied, im Gespräch mit Eva-Maria Holzleitner: Die neue Frauen- und Wissenschaftsministerin gilt als Nachwuchshoffnung der Sozialdemokratie. Wie sie tickt, lesen Sie **ab Seite 20**.



A&W-Autor **Johannes Greß** hat sich nach St. Valentin begeben und ist mit einer Reportage über die Finanzkrise österreichischer Gemeinden zurückgekehrt. Über den herausfordernden Sparkurs lesen Sie **ab Seite 26**.

Erratum: In der Ausgabe 2/25 ist uns ein Tippfehler passiert: In der Bildunterschrift auf Seite 35 sollte anstelle des Greta- natürlich vom Grete-Rehor-Preis die Rede sein. Wir bedauern die Ungenauigkeit!

Wieder einsteigen, bitte!



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Vergessen – am Ufer zurückgelassen: Unsere Gesellschaft stellt in vielerlei Hinsicht einen See dar, den nicht alle befahren können. Nur, wer es sich leisten kann, nimmt Platz auf der Segeljacht. Und wer mit dem Ruderboot Meter machen will, muss die notwendige Kraft und Ausdauer haben. Während dort alle gemeinsam anpacken, lehnen sich die Jachtbesitzer:innen zurück und genießen die Aussicht.

Die Teuerung zwang vor allem Familien und Menschen mit geringen Haushaltseinkommen dazu, jeden Euro zweimal umzudrehen und auf vieles zu verzichten. Derweil gibt es in Österreich eine kleine Gruppe von superreichen Clans, die immer mehr Vermögen untereinander aufteilen, wie eine Studie der Arbeiterkammer Anfang dieses Jahres offenbarte.

Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) sprach bei seiner Budgetrede im Mai Tacheles, die Lage ist ernst. Nach dem Gießkannenprinzip hat die vorige türkis-grüne Bundesregierung großzügig in den Krisen ausgegeben. Und jetzt sind es wieder Menschen, die sowieso schon nicht viel im Börserl haben und verwundbarer sind, die die Zeche zahlen müssen.

Das zeigt, wie viel Kompromiss in einer Koalition und wie viel Verhandlung in der Politik steckt. Denn klar ist: Der Finanzminister Marterbauer setzt in vielen Punkten um, was der Mensch und vormalige AK-Wirtschaftsexperte Marterbauer (der über die Jahre immer wieder auch in der Arbeit&Wirtschaft zu Wort kam) kritisieren würde. Politische Ämter bringen erzwungenermaßen Pragmatismus mit sich.

Genau deshalb braucht es Interessenvertretungen. Gewerkschaften haben immer eines im Blick, egal, wer regiert: das Wohl der Beschäftigten, das der Arbeitnehmer:innen, eine Zukunft für die Vielen.

Dazu gehört auch, aus dieser Perspektive zu informieren. In dieser Ausgabe nehmen wir das Doppelbudget und die Sparpläne von verschiedenen Seiten unter die Lupe – sowie generell die Pläne der neuen Regierung. Die Koalition ist breit aufgestellt, hat einen Kanzler Kickl verhindert und einen wichtigen Kassasturz gemacht. So weit, so gut. Ein nächster Schritt muss sein, die auf dem Weg in die Zukunft verlorenen Passagiere wieder einzusammeln – sonst läuft man Gefahr, sie für immer zu verlieren. ►

Inhalt

BETRIEBSRAT AM WORT

16 Ob bei KTM, Lieferando oder in der Elementarpädagogik: Arbeit, die sich lohnt, ist keine Selbstverständlichkeit. Drei Betriebsrät:innen erzählen von harten Zeiten und berichten, was sich in ihren Branchen dringend ändern muss.

DIE LUFT ZUM ATMEN

34 Mehr als 100.000 Mitarbeiter:innen in der US-amerikanischen Verwaltung wurden unter der Regierung Trump bereits entlassen. Etliche werden noch folgen. Wie US-Gewerkschaften versuchen, beizustehen, zu beraten – und zu mobilisieren.

ZWISCHEN DEN ZEILEN

42 Manfred Arthaber ist seit über 40 Jahren in der Buchbranche tätig und leitet heute die FAKTory. Die Buchhandlung kombiniert Literaturgenuss mit Arbeitsrechtsberatung und will damit vor allem Studierende erreichen.

Mut rechnet sich	6
Wie das Leben wieder leistungsfähig werden kann	
Was Profitgier entgegengesetzt?	11
Die große Frage beantwortet Nora Tödting-Musenbichler	
Wann, wenn nicht jetzt?	12
Interview mit WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller	
Die Pragmatikerin	20
Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner im Porträt	
Wann muss der Betriebsrat mutig sein?	23
Belegschaftsvertreter:innen im Blitzlicht über Courage	
Kassasturz, bitte!	24
Das Doppelbudget der neuen Bundesregierung	
Rathaus ratlos	26
Budgetmisere: Die Gemeinden sollen sparen – aber wo?	
F wie Framing	30
Angriff auf die Verwaltung: das neoliberale Glossar	
Die Macht der Tech-Giganten brechen	31
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
Omnibus nimmt Fahrt auf	32
Wie die EU-Kommission Gesetze zurückschraubt	
Fataler Fehltritt	33
Kommentar: Warum Omnibus die falschen Signale sendet	
Ein Regime am Kippen	36
Proteste in Serbien: gegen Korruption und für den Rechtsstaat	
Revolution oder Evolution?	38
Die Klimaökonomin Sigrid Stagl im Gespräch	
Wozu Reichtum verpflichtet	46
Das letzte Wort hat Helene Schuberth	

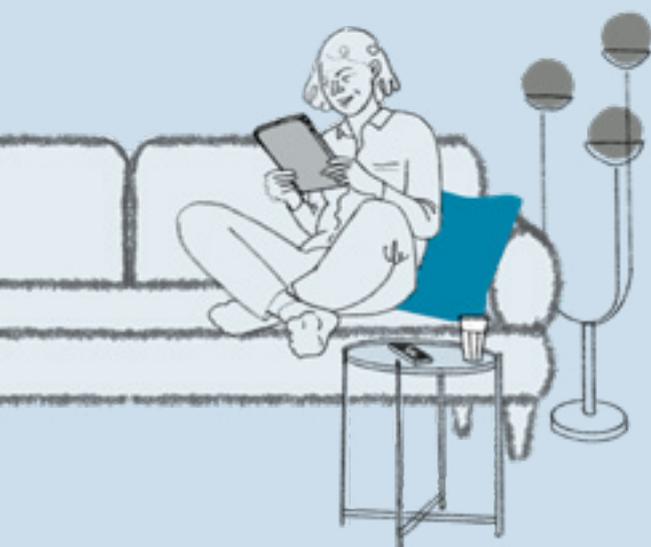


Arbeit&Wirtschaft Abendpost

NEU

Hoch die Beine und mal kurz den Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie die Abendpost bekommen?
Einfach hier anmelden!



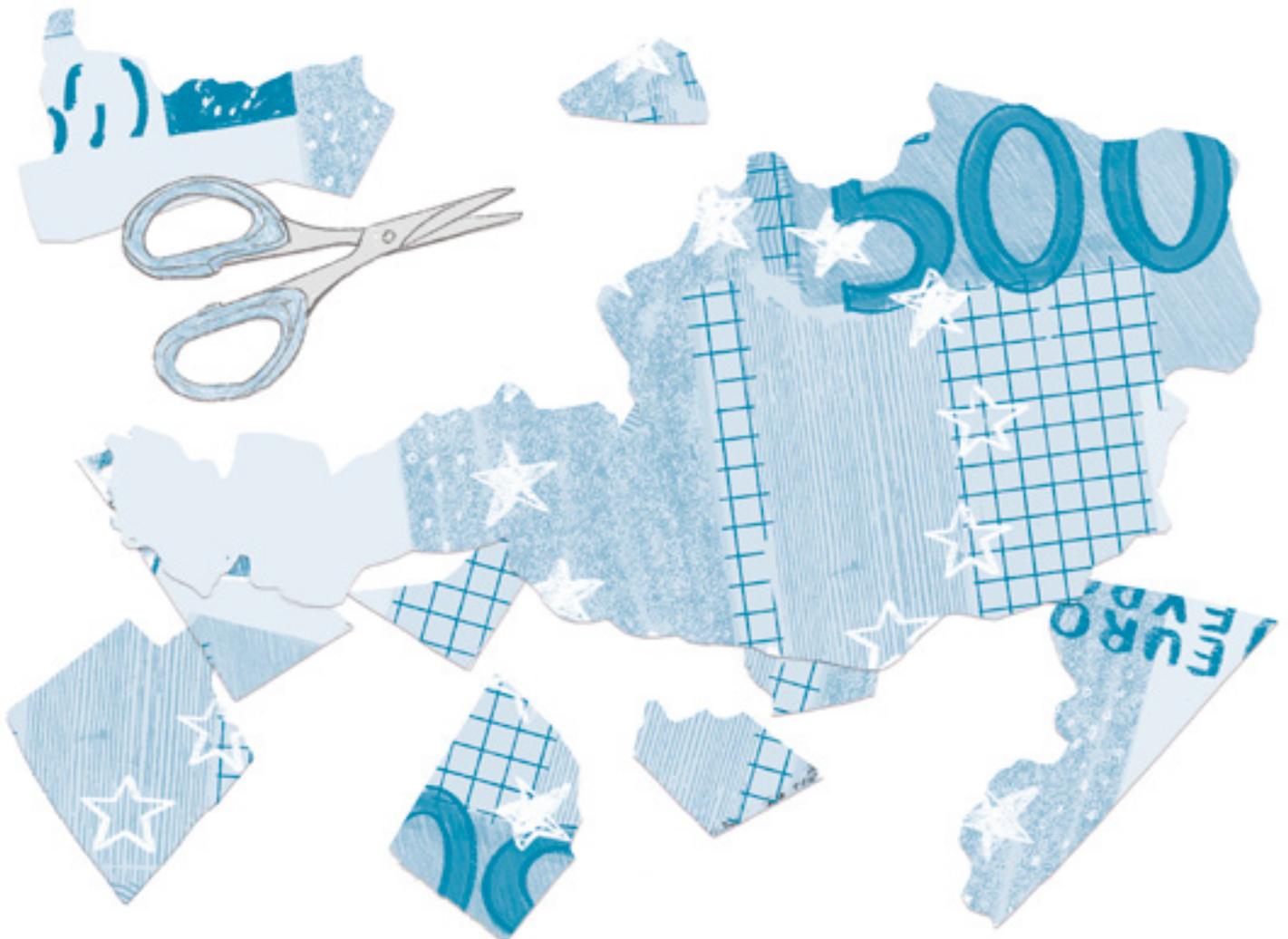
www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

f X @ /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Mut rechnet sich

Immer mehr Menschen in Österreich spüren die Folgen der krisenbehafteten vergangenen Jahre. Es ist höchst an der Zeit, mit mutiger Wirtschaftspolitik neue Wege zu gehen.

TEXT MILENA ÖSTERREICHER





Die Menschen in Österreich ächzen unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten. Hamdi Hassan, Journalistin und Mutter, ist eine von ihnen.

Früher ist Hamdi Hassan mit der Rückerstattung ihrer überschüssigen Strom- und Gaszahlungen am Jahresende einen Kaffee trinken gegangen. „Früher“ – das war vor Corona, vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, vor der hohen Inflation. Heute ist alles anders. Der Einkaufskorb bleibt trotz gleich hoher Ausgaben halb leer, die Miete verschlingt einen größeren Teil des Einkommens, die Nachzahlung an Wien Energie wird fast schon routinemäßig in Raten abgestottert.

Mit dieser Belastung steht Hassan nicht alleine da. Laut dem „So geht’s uns heute“-Barometer von Statistik Austria und dem Sozialministerium erwarteten Ende vergangenen Jahres 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Zahlungsschwierigkeiten bei Wohn- oder Energiekosten. Zwei Drittel blickten pessimistisch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Auch ein Blick auf die Wirtschaftsdaten erhärtet diese Sorgen: Österreich befindet sich laut Prognosen für heuer im dritten Rezessionsjahr in Folge. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Lebensmittelpreise sind laut ÖGB seit 2021 um mehr als ein Drittel gestiegen. Zeitweise wies Österreich die höchste Inflationsrate der Eurozone auf.

Finanzminister Markus Marterbauer brachte es in seiner Rede zum Doppelbudget Mitte Mai auf den Punkt: „Dem Budget geht es nicht gut, weil es der Wirtschaft in den vergangenen Jahren schlecht gegangen ist.“ Und aktuell liegt das Budgetdefizit bei 4,7 Prozent.

Bevölkerung entlasten

Gute Wirtschaftspolitik bedeutet aber viel mehr, als rote oder schwarze Zahlen zu schreiben. Sie entscheidet, ob Menschen ihre Stromrechnung begleichen, sich weiterbilden oder einen neuen Job

finden können. Wie lassen sich also die aktuellen und künftigen Herausforderungen meistern? Und wie können wirtschaftspolitische Maßnahmen jetzt so gestaltet werden, dass sie sich positiv auf den Alltag der Menschen auswirken?

Antworten hat unter anderem Angela Pfister, Ökonomin in der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB. Sie fordert mehr Transparenz in der Wertschöpfungskette, um nachvollziehen zu können, warum Preise steigen. Im Vergleich zum allgemeinen Anstieg der Preise um 26 Prozent sind etwa die Lebensmittelpreise seit 2021 um 33 Prozent gestiegen. „Es braucht eine Antiteuerungskommission und ein umfassendes Preismonitoring-System nach dem Vorbild Frankreichs“, fordert Pfister. Ziel sei es, zu verhindern, dass Unternehmen Preise ungerechtfertigt über die Kostenanstiege hinaus erhöhen.

Die von der Regierung geplante Mietpreisbegrenzung begrüßt Pfister als guten ersten Schritt. 2025 sollen Erhöhungen bei Richtwert- und Kategoriemieten ausgesetzt werden. 2026 ist laut Regierungsprogramm eine Erhöhung um maximal 1 Prozent, 2027 um maximal 2 Prozent vorgesehen. Auch danach soll sie beschränkt bleiben. Doch die Ökonomin betont: „Es braucht unbedingt Nachbesserungen: Der private Neubau muss miteinbezogen werden, sonst bleibt der Effekt begrenzt.“

Auch die Energiekosten sind weiterhin ein zentrales Thema. Der Strompreisdeckel ist ausgelaufen, die Elektrizitätsabgabe wurde wieder erhöht. Auch die Erneuerbaren-Förderpauschale und der Erneuerbaren-Förderbeitrag wurden wieder eingeführt, die zur Finanzierung des Ausbaus grüner Energien dienen. Die ÖGB-Ökonomin fordert eine gerechtere Aufteilung der steigenden Stromnetzkosten. Internationale Händler müssten stärker beteiligt werden, um die

Mehrkosten für Haushalte zu reduzieren. Weiters solle die öffentliche Hand die Finanzierung des Netzausbaus über Garantien, Haftungen und Kredite stützen. Langfristig brauche es eine EU-weite Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis sowie einen effektiven Krisenmechanismus, also einen Preisdeckel für Strom, Gas und Wärme, um im Bedarfsfall leistbare Preise besser sicherstellen zu können. Aber auch Modelle für regulierte Tarife sollten laut Pfister diskutiert werden.

Privathaushalte am Kämpfen

Hamdi Hassan erlebt die Preisentwicklungen hautnah. Ihre monatlichen Stromkosten haben sich in den vergangenen drei Jahren verdreifacht – von 50 auf 150 Euro. „Ich weiß nicht, wie das weitergehen soll“, sagt die ehemalige Radiojournalistin aus Somalia. Hassan arbeitet heute als Dolmetscherin und gelegentlich als Journalistin in Wien: „Ich habe eine Anstellung als Dolmetscherin, muss derzeit aber jeden zusätzlichen Auftrag annehmen, den ich bekommen kann.“ Die Arbeitstage seien lang, die Energiereserven am Abend oft aufgebraucht, sie fühle sich unter Dauerstress.

Auch die Bildungskosten ihrer Kinder bereiten ihr Sorgen: „Man sagt, Schule sei in Österreich gratis. Aber wir zahlen ständig: für Materialien, Ausflüge und Nachhilfe.“ Ein zusätzliches Grammatikbuch für 13 Euro oder 20 Euro für eine zusätzliche Nachhilfestunde: All das summiere sich. „Nächste Woche stehen zwei Ausflüge an, da braucht mein Kind 50 Euro. Auch wenn der Elternverein etwas zuschießt: Es ist eine ständige Belastung.“ Doch die Bildung ihrer Kinder sei Hassan ein zentrales Anliegen. Sie versuche dann, an anderer Stelle zu sparen.

Das wird mit einem sogenannten Konsolidierungspaket in Österreich nun auch auf gesamtstaatlicher Ebene gemacht. Der im Mai präsentierte Budgetentwurf der Bundesregierung setzt aktuell in fast allen Lebensbereichen den Sparstift an. Vorgesehen sind unter anderem eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen, der Wegfall des Klimabonus, die Rücknahme der Inflationsanpassung von Sozialleistungen wie der Familienbeihilfe sowie Gebührenerhöhungen.

Doch Ökonomin Angela Pfister warnt: Sparen bringe die Wirtschaft nicht in Schwung. Auch internationale Organisationen wie die OECD raten in Rezessionszeiten von reinen Kürzungen bei den Ausgaben ab. „Es sind dringend Offensivmaßnahmen notwendig, um die Konjunktur zu beleben“, sagt Pfister. Besonders nötig seien Investitionen in Fachkräfteausbildung, sozialen Wohnbau, öffentlichen Verkehr, Elementarbildung und Pflege. Diese Ausgaben würden sich lohnen und kämen in der Zukunft in anderer Form zurück. So würden rund 70 Prozent der investierten Mittel bei Pflege, Gesundheit und Elementarbildung in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in die öffentlichen Budgets zurückfließen.

Die Zukunftsfrage stellt sich auch Benjamin Liedlbauer immer öfter. Nach seiner Lehre im BMW-Motorenwerk in Steyr wurde er dort als Elektrotechniker übernommen. Die vergangenen Jahre waren auch in seinem Unternehmen von Kurzarbeit, Lieferengpässen und einer unsicheren Auftragslage geprägt: „Wir wussten oft nicht, ob am nächsten Tag produziert wird“, sagt Liedlbauer. Sorgen mache ihm aktuell besonders die geopolitische Lage: „Die internationale Zollpolitik gibt mir zu denken, aber auch, dass nun überall wieder mehr Waffen produziert werden.“



„Unsere wichtigsten Ressourcen sind das Know-how und Wissen der Menschen – in die müssen wir investieren.“

Michael Soder, Ökonom

Seit 2022 ist Liedlbauer zudem Bundesjugendvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE. „Junge Menschen fragen sich, ob ihre Arbeit noch zukunftssicher ist“, erzählt er. In seinem Betrieb sei die Vollautomatisierung bereits Standard. Dennoch brauche es menschliche Eingriffe und Wartung. „Man muss sich stets weiterbilden, um nicht den Anschluss zu verlieren“, sagt der 24-Jährige. Im Austausch mit anderen jungen Menschen hört er angesichts der allgemeinen Teuerung auch immer öfter von Mehrfachjobs. „Einige Lehrlinge gehen tagsüber in die Lehre und kellnern nachts.“ Diese Entwicklungen finde er sehr beunruhigend.

Aktuell ist Liedlbauer in Bildungskarenz und absolviert die Werkmeisterschule. Dass die Bildungskarenz in ihrer ursprünglichen Form abgeschafft wird, bedauert er: „Viele Menschen können sich sonst kaum neben ihrem Vollzeitjob weiterbilden.“ Dabei wäre die Aus- und Weiterbildung in den aktuellen Zeiten wichtiger denn je, auch als Jobgarant. Derzeit wird von der Bundesregierung zwar

an einer Weiterbildungszeit als Nachfolgemodell gearbeitet, sie beinhaltet voraussichtlich aber höhere zeitliche und inhaltliche Anforderungen sowie stärkere Kontrollen.

Fortschrittliche Standortpolitik

Michael Soder, Wirtschaftsexperte bei der Arbeiterkammer Wien, sieht das Ganze ähnlich wie Liedlbauer. Neben den aktuellen konjunkturellen Herausforderungen stehe Österreich vor einem umfassenden Strukturwandel, der durch die Digitalisierung, die Klimakrise, aber auch geopolitische Verschiebungen vorangetrieben werde.

Doch es fehle derzeit an einer klaren Entwicklungsrichtung für die Industrie und den Standort Österreich. „Eine zukunftsfitte Industriepolitik muss Fachkräftebedarf, Energiepreise, öffentliche Infrastruktur und Innovationskraft adressieren“, sagt Soder. Das Bildungs- und Forschungssystem sei dabei zentral: „Unsere wichtigsten Ressourcen sind das Know-how und Wissen der Menschen – in die müssen wir investieren.“

Von der frühen Bildung bis zur Hochschule brauche es eine Qualifizierungsoffensive – idealerweise in jenen Bereichen, die besonders zukunftssträftig sind, wie Elektrotechnik, öffentlicher Verkehr oder Gebäudesanierung.

Dabei sei auch immer das Prinzip der „Just Transition“ entscheidend, also ein sozial gerechter und fair gestalteter Übergang zu einer klimafreundlichen, nachhaltigen Wirtschaft – insbesondere für die Menschen, deren Arbeitsplätze oder Lebensumstände von diesem Wandel direkt betroffen sind. Sie müssten mehr an Entscheidungsprozessen beteiligt werden und positive Folgen von Veränderungen glaubhaft aufgezeigt bekommen. Soder nennt als

Durchschnittliche monatliche Mehrkosten im Vergleich zu 2019

Quelle: Eurostat, Momentum Institut (2024)



458€



ÖGB-Ökonomin Angela Pfister warnt vor einer zu ausgabenlastigen Budgetkonsolidierung: „Es sind dringend Offensivmaßnahmen notwendig, um die Konjunktur zu beleben.“

Beispiele: Gemeinden mit Windrädern, die ihren Strom günstiger beziehen könnten, oder Energiegemeinschaften, die überschüssigen Strom an energiearme Haushalte verteilen.

Trotz allem blickt Soder optimistisch auf die kommenden Jahre – sofern heute die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Insbesondere in der Kreislaufwirtschaft und in den Umweltechnologien habe sich Österreich bereits als vorbildlich hervorgetan. Die voestalpine sei etwa ein Vorzeigebetrieb, was die Dekarbonisierung betrifft. Das Unternehmen versuche, „grünen“ Stahl CO₂-neutral herzustellen. Unter anderem werde dazu Stahlschrott verwendet, ein gutes Beispiel für Kreislaufwirtschaft.

Aber auch in anderen Zukunftsfeldern brauche man sich nicht zu verstecken. Im Gegenteil: In den Quantentechnologien sowie im Bereich der Bio and Life Sciences zähle Österreich zur Weltspitze. Und diese Bereiche seien auch künftig von Vorteil, da die neue industriepolitische Strategie der EU-Kommission genau diese Schwerpunktsetzungen für Europa vorsieht: Quanten, Weltraum, Material- und Produktforschung sowie Kreislaufwirtschaftstechnologien.

Österreich müsse sich nun industriepolitisch klar positionieren, Investitionen tätigen und Kooperationen stärken, um die bereits vorhandenen Standortvorteile tatsächlich nutzen zu können. Auch Angela Pfister sieht die Chance, auf rotweißroten Erfolgen weiter aufzubauen. Das duale Bildungssystem sowie die Sozialpartnerschaft zählt sie zu den wichtigen Faktoren, die die Wirtschaft Österreichs in der Zweiten Republik nachhaltig prägten.

Die Finanzierungsfrage

Doch wie soll mit diesem Sparkurs nun in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur investiert werden? Pfister verweist auf die Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen auf der Einnahmenseite –

etwa durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer oder die Einführung einer Erbschaftsteuer auf große Vermögen.

Eine Vermögensteuer ab einer Million Euro könnte laut Berechnungen der Arbeiterkammer bis zu zehn Milliarden Euro jährlich einbringen. Diese Mittel würden es ermöglichen, gezielt in zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu investieren – etwa in Bildung, Pflege, Kinderbetreuung, öffentliche Infrastruktur und leistbares Wohnen.

Wirtschaftliche Erholung ist dringend notwendig, doch sie darf kein abstraktes Zahlenspiel bleiben. Sie muss im Alltag von Menschen wie Hamdi Hassan oder Benjamin Liedlbauer spürbar sein – etwa im Kühlschrank, auf der Stromrechnung, in der Schule, bei der Wohnungssuche oder auf der Werkbank.

Gerade jetzt hat Österreich die Chance, aus der Krise heraus eine echte Transformation zu schaffen. Das bedeutet: nicht länger zuschauen, sondern aktiv gestalten – mit einem klaren Plan, gezielten Investitionen und auch einer großen Portion Mut, auch in herausfordernden Zeiten in die Zukunft zu investieren. ▀

& INFO

In Krisenzeiten wird deutlich, wie wichtig ein starker Sozialstaat für den Erhalt des Lebensstandards vieler Menschen ist. Auf der Website www.sozialleistungen.at der AK Wien gibt es einen Überblick über alle Leistungen – und einen neuen Podcast zu Sozialpolitik mit dem Titel „In bester Gesellschaft – der Wissenschaftsdialog für die Vielen“.



Was Profitgier entgegenzusetzen?

Profit ist nicht das Problem – aber Profitgier ist es. Denn sie stellt Gewinn über Gemeinwohl, Wachstum über Würde und Märkte über Menschen. Was ihr entgegenzusetzen ist? Mut: der Mut, Regeln zu schaffen, die nicht den Lautesten nützen, sondern den Schwächsten helfen, der Mut zu Steuergerechtigkeit, zu klaren Spielregeln für Konzerne und zu Verantwortung in Lieferketten – global und lokal.

Wir sehen, was passiert, wenn Marktlogik das Gemeinwohl verdrängt: Kinderarmut, Frauen mit Mindestpensionen unter der Armutsgrenze, Natur als

Ware. Wer Profitgier entkräften will, muss soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammendenken. Klimagerechtigkeit heißt auch, die Lebensgrundlage kommender Generationen zu schützen – weltweit.

Veränderung beginnt dort, wo Menschen den Mut haben, das Morgen solidarischer zu denken als das Heute. Denn der Preis der Profitgier wird nicht nur dort bezahlt, wo Menschen am wenigsten haben – im Globalen Süden, am Rand der Gesellschaft. Er geht auch zulasten der Umwelt und der Zukunft unserer Kinder.



NORA TÖDTLING-MUSENBICHLER
PRÄSIDENTIN DER CARITAS ÖSTERREICH

Wann, wenn nicht jetzt?

Gerade weil die Lage ernst und die ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung breit aufgestellt sei, könnte sie Österreich wieder auf Kurs bringen. Ökonomin Margit Schratzenstaller im Interview zu Budgetplan, Beratungsresistenz und „Big Bang“-Reformen.

INTERVIEW RICHARD SOLDER

Volle Kraft voraus! Der vormalige Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) war sich im Wahlkampf im Herbst noch sicher, dass Österreichs Budgetdefizit 2024 unter 3 Prozent liegen würde. Wirtschaftsforscher:innen warnten da schon lange davor, die Situation zu unterschätzen.

Heuer wurde nach und nach das Ausmaß der Budgetmisere klar, die Alarmglocken schrillten: 4,7 Prozent Defizit, ohne Sanierungsmaßnahmen ein Anstieg auf 5,8 Prozent für das Jahr 2025. Österreich als Titanic, unterwegs Richtung Eisberg. Höchste Zeit, bei einer der renommiertesten Budgetexpert:innen des Landes nachzufragen, wie es so weit kommen konnte.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Schratzenstaller, wie sind wir in dieses Schlamassel geraten?

Margit Schratzenstaller: Auf der einen Seite ist die geopolitische Lage sehr unsicher. Das belastet die globale Wirtschaftsentwicklung – und damit natürlich auch Österreich. Dann gibt es aber auch Faktoren, für die die heimische Politik Verantwortung trägt. Auf die Krisen wurde mit umfangreichen Unterstützungspaketen reagiert. Das ist grundsätzlich richtig, um soziale und wirt-

schaftliche Härten abzufedern, allerdings waren viele dieser Maßnahmen wenig zielgerichtet. Es gab eine Art Gießkannenprinzip, und das war teuer.

Ein häufiger Kritikpunkt an der ehemaligen schwarz-grünen Regierung ist, dass vieles nicht gegenfinanziert war. Ist das nicht fahrlässig?

Es wurden tatsächlich viele Maßnahmen gesetzt, ohne für die entsprechende Gegenfinanzierung zu sorgen. Gerade nach der Pandemie hätte man aus den Erfahrungen lernen können: Unterstützungsmaßnahmen sollten zielgerichteter sein, man hätte sich überlegen müssen, wie man das in künftigen Krisen besser steuern kann. Diese Lehren wurden aber nicht gezogen.

Wurden Expert:innen wie Sie nicht genug gehört?

Man muss akzeptieren, dass Politik eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt. Als Wirtschaftsforscherin kann ich nur aufklären: öffentlich, mit Zahlen, Daten, Fakten – und natürlich in direkten Beratungsgesprächen. Aber der wichtigste Hebel ist oft der Weg über die Öffentlichkeit: Eine informierte

Bevölkerung kann politischen Druck erzeugen – zum Beispiel bei Wahlen.

Wir müssen nun auf zwei Dinge schauen: erstens, das Budget tatsächlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen – auch, weil das die Voraussetzung für das zweite Ziel ist, nämlich dringend notwendige Investitionen in Zukunftsbereiche zu tätigen. Wenn wir uns „nur“ auf die Konsolidierung konzentrieren und Schulden abbauen, wird das langfristig nicht funktionieren – im Gegenteil: Das würde das Wachstum und die Konjunktur schwächen.

Es gab ja viel Kritik an nun angekündigten Kürzungen, nicht zuletzt bei der Klimapolitik. Finanzminister Markus Marterbauer hat sinngemäß gesagt, die müssten jetzt sein. Wie sehen Sie das?

In den vergangenen Jahren sind die Klimaförderungen stark gewachsen, auch um die Klimaziele zu erreichen. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um zu überprüfen: Sind diese Förderungen effektiv und effizient? Jetzt müssen zwei Dinge folgen: Erstens braucht es neue Regulierungen, um die Klimaziele trotz gekürzter Förderungen zu erreichen. Denn einfach nur kürzen und die Ziele



Margit Schratzenstaller, Ökonomin am Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), ist Mitglied des Fiskalrats. Sie widmet sich u. a. der Steuer- und Budgetpolitik, der Ökologisierung öffentlicher Finanzen, dem EU-Budget, der Vermögensbesteuerung und der Familienpolitik.



Budget-Expertin Margit Schratzenstaller sieht die großen Herausforderungen im Staatshaushalt, ist aber zuversichtlich, dass das Land sie bewältigen kann.

verfehlen wäre weder klug noch günstig – das würde langfristig teuer, etwa durch Strafzahlungen oder teurere Klimafolgenanpassungen. Zweitens müssen auch klimaschädliche Subventionen angegangen werden.

Wie realistisch ist es, dass die Dreierkoalition große Brocken angehen und umsetzen kann?

Die Herausforderungen sind so gewaltig, dass ich denke: Wann, wenn nicht jetzt? Man kann sagen, die Unterschiede zwischen den drei Parteien sind so groß, dass nur ein Minimalkompromiss herauskommen kann. Oder man sieht gerade in diesen unterschiedlichen Perspektiven eine Chance – nämlich, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Ich finde, in den ersten Wochen Regierungsarbeit gibt es durchaus Anzeichen, dass diese Vielfalt auch produktiv genutzt werden kann. Ich hoffe, dass noch mehr in diese Richtung kommt.

Was wäre bei einer blau-schwarzen Koalition budgetär anders gewesen?

Da gäbe es einige Unterschiede: Bei Blau-Schwarz wäre ein größerer Teil der Maßnahmen auf der Ausgabenseite gelegen. Die zusätzlichen „Offensivmaßnahmen“ der jetzigen Regierung – also Maßnahmen, um etwa gezielt zu investieren – waren bei Blau-Schwarz nicht vorgesehen.

Sie sagen, dass die Mischung aus einnahmen- und ausgabenseitigen Maßnahmen im neuen Budget gut ist. Aber bräuchte Österreich nicht stärkere Maßnahmen auf der Einnahmenseite – Stichwort vermögensbezogene Steuern?

In den nächsten Jahren wird es wohl so sein, dass die Einnahmenseite etwa ein Drittel zur Budgetkonsolidierung beiträgt und die Ausgabenseite zwei Drittel. Ich bin aber der Meinung, bevor man die Einnahmen noch weiter erhöht – zumal die Abgabenquote in Österreich ohnehin schon hoch ist –, sollte man zuerst strukturell bei den Ausgaben ansetzen.

„In Österreich wird Arbeit zu stark und Vermögen zu gering besteuert.“

Margit Schratzenstaller

Aber geht es nicht auch darum, vor allem Wohlhabende mehr in die Pflicht zu nehmen?

Absolut. Deshalb finde ich es richtig, dass es auch einnahmenseitige Maßnahmen gibt, die Sektoren betreffen, die in den vergangenen Jahren hohe Gewinne gemacht haben. Was ich mir darüber hinaus im

Rahmen einer aufkommensneutralen Abgabenstrukturreform wünschen würde, wären mehr vermögensbezogene Steuern. Da denke ich an eine reformierte Grundsteuer und auch an die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer. In Österreich wird Arbeit zu stark und Vermögen zu gering besteuert.

Österreich hat einen gut funktionierenden Sozialstaat – international gilt er oft als Vorbild. Der braucht natürlich ausreichend finanzielle Mittel.

Österreich hat eine sehr hohe Abgabenquote – aktuell rund 45 Prozent. Auch die staatliche Einnahmenquote liegt bei über 50 Prozent der Wirtschaftsleistung, was international ein hoher Wert ist. Wir haben also hohe Einnahmen *und* hohe Ausgaben. Deshalb sollte man zuerst das Effizienzpotenzial auf der Ausgabenseite ausschöpfen. Erst, wenn das geschehen ist, kann man überlegen, ob zusätzliche Einnahmen nötig sind.

Was bräuchte es denn, damit es wieder eine Erbschaftsteuer gibt?

Politischen Willen. Auch internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds oder die OECD fordern das seit Jahren von Österreich.

Sie wollen Bereiche wie das Gesundheitssystem „effizienter“ machen. Wie kann man sicherstellen, dass dabei nicht etwas

„Ich glaube nicht an sogenannte ‚Big Bang‘-Reformen. Aber ich denke, wir sollten die derzeitige Situation und den steigenden Reformdruck nutzen.“

Margit Schratzenstaller, Ökonomin

kaputtgeht? In den USA sehen wir aktuell Extrembeispiele davon in der öffentlichen Verwaltung.

Das ist ein wichtiger Punkt. Es gibt aber zahlreiche Studien, die zeigen, dass man in vielen Bereichen die Ausgabedynamik bremsen kann, ohne dass die Qualität leidet. Im Gegenteil: In manchen Bereichen könnte die Qualität sogar steigen – im Gesundheitssystem etwa durch mehr Spezialisierung, bessere Koordination der Spitalskapazitäten über Bundesländergrenzen hinweg und mehr ambulante statt stationärer Versorgung.

Sie sprechen immer wieder Strukturreformen an, unter anderem in Hinblick auf den Föderalismus. Mit Verlaub, das wirkt manchmal wenig realistisch – zumindest bei einem mittelfristigen Zeithorizont. Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Ich glaube nicht an sogenannte „Big Bang“-Reformen, also an einen großen Plan, der dann rasch umgesetzt wird. Aber ich denke, wir sollten die derzeitige Situation und den steigenden Reformdruck nutzen. Es betrifft nicht nur den Bund – auch Länder und Gemeinden stehen unter finanziellem Druck. Daher braucht es einen gemeinsamen Prozess aller Gebietskörperschaften. Man muss sich zusammensetzen und überlegen, wie sich Zuständigkeiten klarer regeln lassen, wie man Doppelgleisigkeiten beseitigt und die Finanzierung strafft.

Gerade die Gemeinden sollen viel umsetzen – von mehr Kinderbetreuung bis Klimaschutz –, aber ihnen fehlen das Geld und die Handhabe.

Genau deshalb ist eine Föderalismusreform erforderlich, die die künftigen Einnahmen- und Ausgabenbedarfe auf allen Ebenen berücksichtigt.

Die zentrale Ebene zwischen Bund und Gemeinden sind die Bundesländer ...

Ich hoffe, dass der zunehmende Druck auch auf Länderebene zu einer größeren Offenheit für Reformen führt.

Wird durch den Plan der neuen Regierung mehr Zuversicht zurückkehren?

Ja, ich denke schon. Die Unsicherheit sieht man etwa in der hohen Sparquote und der Konsumzurückhaltung. Wenn jetzt die Konsolidierungs- und Investitionsmaßnahmen gut eingebettet werden und weitere Schritte folgen – etwa in Richtung Zukunftsbereiche und strukturelle Reformen –, dann kann das Vertrauen wieder gestärkt werden.

Welche Wirkung erwarten Sie sich vom deutschen Infrastrukturpaket auf Österreich?

Begrenzte positive Impulse – ab dem nächsten Jahr. Es hängt natürlich davon ab, wie schnell und wie konsequent die Vorhaben umgesetzt werden.

Wie lassen sich angesichts der Politik der USA derzeit überhaupt sinnvoll Prognosen erstellen?

Man muss akzeptieren, dass Prognosen momentan eine kurze Halbwertszeit haben – deshalb arbeiten wir auch mit Szenarien. Aber man braucht einen Referenzpunkt, sonst wäre die Wirtschaftspolitik im Blindflug unterwegs.

Was würden Sie jungen Frauen raten, die sich für Ihren Bereich der Wirtschaftsforschung interessieren?

Sich nicht abschrecken zu lassen. Es ist ein männerdominierter Bereich, aber ein unglaublich spannender. Ich würde jeder Frau, die sich für diese Themen interessiert, unbedingt raten, in diesen Bereich zu gehen. Hier dreht man an den großen Hebeln – bei den öffentlichen Ausgaben und Einnahmen. Diese Hebel sind entscheidend, um große Herausforderungen wie den Klimawandel, die Digitalisierung oder Fragen von Bildung, Verteilung und Gleichstellung zu bewältigen.

Man bewegt große Hebel, aber die Politik muss einem auch folgen ...

Ja, man braucht definitiv eine gewisse Frustrationstoleranz. Aber ich bin jetzt lange genug in dem Bereich, um sagen zu können: Manchmal verändern sich die Dinge tatsächlich. ▀

Wider den Abbau

***Überforderung, Insolvenz und der Abschied von sicheren Jobs:
Drei Betriebsratsmitglieder erzählen von den Herausforderungen in ihren
Branchen und was es angesichts der vielen Krisen braucht.***

TEXT NAZ KÜÇÜKTEKIN

Wer arbeitet, soll davon leben können. So einfach dieser Satz klingt, so weit scheint er in vielen Branchen fern von der Realität. Ob im Kindergarten, in der Produktion oder auf dem Fahrrad mit einer Lieferbox am Rücken: Das Arbeitsleben vieler Menschen in Österreich ist geprägt von Überlastung, Unsicherheit, fehlender Anerkennung und zu niedriger Entlohnung.

Melinda Hiebinger kennt etwa die Realität vieler Kindergartenassistent:innen in Wien: zu große Gruppen, zu wenig Personal, prekäre Verträge und ein Ausbildungssystem, das sich von Bundesland zu Bundesland unterscheidet. Der Personalmangel zwingt ungelernete Kräfte in Verantwortung, für die sie nicht ausgebildet sind. „Die Armut ist bei uns angekommen“, sagt Hiebinger – und meint damit nicht nur das fehlende Geld, sondern auch den Mangel an Anerkennung für eine der wichtigsten Phasen im Bildungsweg eines Menschen.

Bei KTM in Oberösterreich haben die krisenbehafteten Monate eindeutig Spuren hinterlassen. Seit Bekanntwerden der Insolvenz begleiten den Betriebsrat Erwin Schleindl die Sorgen der Kolleg:innen in seinen Schichten, Themen wie Kurzarbeit und Existenzängste. Ein Management, das sich verkalkulierte, sei auf eine Politik getroffen, die zu spät reagiert habe, meint Schleindl. „Das darf sich nicht wiederholen“, sagt er und fordert eine Wirtschaftspolitik mit Weitblick.

Bei Lieferando wird zukünftig gleich ganz auf prekäre Beschäftigung gesetzt. Anstatt angestellter Fahrer:innen sind für den Zustelldienst ab 2025 nur noch freie Dienstnehmer:innen tätig. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, heißt es, müsse man die Arbeitnehmer:innenrechte auf diese Art einschränken. Lieferando-Betriebsrat Fabian Warzilek bleibt fassungslos zurück und erinnert daran, wie schnell Sicherheit durch Deregulierung abgebaut werden kann, wenn der Gesetzgeber nicht handelt.





NEHMT DIE BILDUNG ERNST!

Ganze 23 Jahre lang stand Melinda Hiebinger selbst in der Kindergartengruppe. Jetzt ist sie freigestellte Betriebsrätin bei den Kinderfreunden – einem österreichischen Verein, der Freizeit- und Betreuungsangebote für Kinder organisiert und sich zudem politisch für Chancengleichheit und Kinderrechte einsetzt. Hiebinger vertritt mehr als 1.300 Assistent:innen in ganz Wien. Deren Aufgabe ist es, Elementarpädagog:innen im Kindergartenbetrieb zu unterstützen. Der Personalmangel in der Elementarpädagogik führe allerdings dazu, dass sie Gruppen auch allein betreuen.

Druck auf Assistenz

„Wir haben 156 Kindergärten in Wien“, erzählt Hiebinger, „und in fast jedem arbeitet mindestens eine Assistentin mit Nachsicht.“ Das bedeutet, sie ersetzt eine vollausgebildete Pädagogin, bekommt aber nur 95 Prozent von deren Gehalt – und das ganz ohne Ausbildung. Derzeit variiert nämlich die Qualifizierung zur Assistent:in – und ob es für die Arbeit im Kindergarten überhaupt einer Ausbildung bedarf – von Bundesland zu Bundesland. Was Hiebinger fordert: „Eine österreichweit einheitliche, gesetzlich geregelte Ausbildung für Assistent:innen – und zwar berufsbegleitend und bezahlt.“

Die Betriebsrätin Melinda Hiebinger (4. v. l.) arbeitete über 20 Jahre lang als Assistentin in der Elementarpädagogik. Dem Personalmangel in dieser Branche könne man nur durch eine echte Aufwertung des Berufs entgegenwirken, sagt sie.

Dazu kämen die schlechten Rahmenbedingungen: zu große Gruppen, zu wenig Personal, zu viel Druck. „In einer Gruppe mit 25 Kindern ist oft nur eine Pädagogin. Die Assistentin hilft beim Frühstück, beim Mittagessen – muss aber auch putzen, weil es bei uns, im Gegensatz zu den Kindergärten der Stadt Wien, kein Reinigungspersonal gibt.“ Viele trauten sich nicht, nein zu sagen. Überstundenbereitschaft würde stillschweigend vorausgesetzt und der Dienstplan von Woche zu Woche geändert. „Du kannst dein Leben nicht planen“, sagt Hiebinger.

Wenn sie durch die Kindergärten gehe, höre sie Sätze wie „Ich halte das nicht mehr aus“ oder „Ich werde kündigen“. Die Folge:

Viele hören tatsächlich auf. „Es gibt Kolleginnen mit 35 Jahren Berufserfahrung, die mit 2.800 Euro brutto in Pension gehen. Die können sich keinen Urlaub leisten.“ Für Hiebinger sei das untragbar: „Die Armut ist bei uns angekommen.“

Von der Politik wünsche sie sich mehr Beachtung und Wertschätzung für die Elementarpädagogik. Denn wenn die Beschäftigten laut werden? „Dann heißt's: Kein Geld da.“ Dabei wäre die Rechnung einfach: „Mehr Personal, geregelte Ausbildung, verbindliche Personalschlüssel – dann würden auch die Pädagoginnen nicht mehr kündigen“, sagt Hiebinger. Was sie sich von der neuen Regierung wünsche? „Dass sie Bildung endlich ernst nimmt – und zwar ab dem ersten Jahr. Der Kindergarten ist kein Aufbewahrungsort – er ist die erste Bildungseinrichtung und damit der Anfang von allem.“

Die türkis-rot-pinke Regierung hat in ihrem Programm für Österreichs Kindergärten die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs angekündigt. Aufgrund noch laufender Verhandlungen zwischen Bund und Ländern soll dieses allerdings erst ab 2027 in Kraft treten, wie es aus dem Bildungsministerium heißt. Ein ebenfalls angekündigtes Ressourcenpaket könne aus demselben Grund auch erst 2026 ausgehandelt werden.



VOM REGEN IN DIE TRAUFE

Anfangs haben wir gedacht, es wird ein schwierigeres Jahr“, sagt Erwin Schleindl. „Aber dass es so schnell so schlimm wird – damit hat niemand gerechnet.“ Schleindl ist Betriebsrat beim Motorradhersteller KTM im oberösterreichischen Mattighofen. „Wir hatten ein Rekordjahr nach dem anderen – und dann, auf einmal: Kurzarbeit, Insolvenzverfahren, Zukunft ungewiss.“

Seit dem 1. Mai gilt für die Arbeiter:innen und Angestellten des Unternehmens zum zweiten Mal eine 30-Stunden-Woche. Schon im November des Vorjahres meldete KTM Insolvenz an – rund 3.500 Beschäftigte waren betroffen. Die Produktion stand für drei Monate still, ehe sie ab dem 17. März schrittweise wieder anlief – ermöglicht durch Finanzhilfen des KTM-Partners Bajaj.

Im Herbst 2024 habe es noch geheiß, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens stabilisiere sich. Dann kam alles anders. „Es war eine harte Zeit. Ich habe Schicht für Schicht informiert, Überstunden gemacht, abends noch telefoniert – die Leute hatten viele Fragen, viele Sorgen“, erzählt Schleindl. Dass überhaupt noch Weihnachtsgeld kam, sei nur dem Insolvenz-Entgelt-Fonds zu verdanken: „Da haben die Leute gemerkt, dass es gut ist, die Lohnnebenkosten nicht zu senken“ – eine Forderung, die neben Unternehmerver-

Der Oberösterreicher Erwin Schleindl (5. v. l.) engagiert sich seit 2014 als Betriebsrat für seine Kolleg:innen bei KTM. Hinter ihm liegen harte Monate: Die Krise des Unternehmens ist eine enorme Belastung für die Belegschaft.

bänden auch Peter Pierer selbst, bis Jänner 2025 Vorstandsvorsitzender der KTM AG, gestellt hatte. „Aber aus den Lohnnebenkosten wird auch der Insolvenz-Entgelt-Fond gespeist“, sagt Schleindl.

Im Februar hatten die KTM-Gläubiger:innen einem Sanierungsplan zugestimmt, der eine Rückzahlung von 30 Prozent der anerkannten Forderungen von über zwei Milliarden Euro vorsah. Nach Wochen des Zitterns stand Ende Mai fest, dass die rund 600 Millionen Euro beim Sanierungsverwalter auch wirklich hinterlegt werden konnten. Die Mittel dafür kamen durch Unterstützung des indischen Partners Bajaj Auto und eine Kapitalerhöhung zustande.

Bajaj, seit 2007 an KTM beteiligt, stellte für die Sanierung insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitblick gefragt

Wie konnte es zu alledem kommen? „Man hat lange Zeit weiterproduziert, obwohl die Nachfrage schon zurückgegangen war. Die Händler haben die Motorräder vertraglich verpflichtet trotzdem abnehmen müssen, manche haben sogar eigene Hallen gebaut, um die ganze Ware unterzubringen. Irgendwann kollabiert das halt.“ Auch der Einstieg in den E-Bike-Markt 2017 sei überstürzt gewesen: „Da sind Managementfehler passiert – und jetzt zahlen wir die Zeche“, sagt Schleindl.

Der Betriebsrat mahnt: „Das darf sich nicht wiederholen. Man darf solche Krisen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen.“ Was er sich wünsche? „Eine Wirtschaftspolitik mit Weitblick. Wenn man zum Beispiel über zu hohe Energiepreise klagt, dann sollte man in Photovoltaik, Wärmepumpen etc. investieren. Förderungen gab's genug. Aber gemacht wurde zu wenig.“ Erwin Schleindl bemüht sich, trotz der Unternehmenskrise nach vorne zu blicken. „Ich will nicht jammern, denn in jeder Krise steckt auch die Chance, aus Fehlern zu lernen und es in Zukunft besser zu machen.“



PLATTFORMARBEIT KANN JEDEN TREFFEN

Das habe ich nicht mal von der Geschäftsführung erfahren“, sagt Fabian Warzilek, Betriebsrat bei Lieferando. „Ich war gerade im Taxi, da rufft mich eine Journalistin an und sagt: ‚Die Logistikabteilung sperrt mit Ende Juni zu: Wie geht’s Ihnen damit?‘ Ich habe gesagt: ‚Sie sind gerade die erste Person, die mir das erzählt.‘“

Warzilek arbeitet seit August 2021 für den Zustelldienst Lieferando, erst war er Schichtleiter, später wurde er in den Betriebsrat gewählt – ein Gremium, das gerade unter großem Druck steht. „Wir wurden für fünf Jahre gewählt, also hätten wir eigentlich noch drei vor uns.“

Denn Lieferando stellt sein Geschäftsmodell in Österreich um: Bis Ende Juli 2025 werden sämtliche angestellten Fahrer:innen gekündigt und durch freie Dienstnehmer:innen ersetzt. Diese Entscheidung markiert eine Abkehr von der bisherigen Praxis, Fahrer:innen fest anzustellen – was Lieferando seit 2016 von Mitbewerbern wie Foodora und Wolt unterschieden hat. Aber mit fixen Anstellungen sei nicht mit der Konkurrenz mithalten, heißt es von Lieferando.

950 Angestellte sind laut Warzilek von der Entscheidung betroffen – neben 650 Fahrer:innen auch Logistikmitarbeiter:innen sowie jene, die in befristeten Dienst-

*Freie Dienstverhältnisse
statt Fixanstellungen:
Was Arbeitnehmer:innen-
vertretung und Politik
im Kampf gegen die Platt-
formisierung der Arbeit
tun können, weiß der Tiroler
Fabian Warzilek (4. v. l.),
Betriebsrat bei Lieferando.*

verhältnissen waren. „Viele von denen, die bei uns arbeiten, kennen nichts anderes“, erklärt Warzilek. „Die haben vielleicht Deutsch auf A2-Niveau. Die wissen gar nicht, warum das jetzt eigentlich passiert.“ Und sie hätten kaum Alternativen: „Die Menschen haben Existenzängste, und ich muss ihnen erklären: ‚Du hast nie einen schlechten Job gemacht. Du hast alles gegeben – und jetzt bist du dem Unternehmen trotzdem nichts mehr wert.‘“

Um die Härten abzufedern, verhandelte der Betriebsrat einen Sozialplan in Höhe von 1,7 Millionen Euro. „Wenn man die 400.000 Euro offene Urlaubersatzleistungen draufrechnet, sind wir bei über

zwei Millionen Euro. Im Schnitt kriegen die Leute jetzt 2.000 Euro. Das ist nicht die Welt, aber besser als nichts.“ Für Warzilek bleibt ein schaler Nachgeschmack: „Der Konzern wird gerade um über vier Milliarden Euro verkauft. Und uns bieten sie zwei Millionen. Das ist traurig. Man hätte leicht sagen können: ‚Komm, nimm mal fünf Millionen in die Hand.‘ Da hätten wir die Menschen würdig verabschieden können, die dieses Unternehmen aufgebaut haben.“ Für ihn sei die Richtung, in die sich die Branche bewegt, gefährlich. „Wir haben es immer wieder gesagt: Wenn der erste Dominostein fällt, dann fällt die ganze Branche. Plattformarbeit kann jeden treffen. Das kann man mit Busfahrer:innen machen, mit Friseur:innen – mit allen.“

Der Fall verdeutlicht die Herausforderungen, die mit der zunehmenden Plattformisierung der Arbeitswelt einhergehen. Ohne entsprechenden gesetzlichen Rahmen droht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für viele. Der Fall Lieferando könnte somit als Weckruf dienen, um die Rechte von Plattformarbeiter:innen stärker zu schützen und faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

Was die Politik hätte tun können, sei längst klar, sagt Warzilek: „Ein einziger Satz im Arbeitsverfassungsgesetz: ‚Dies gilt auch für freie Dienstnehmer:innen.‘“

Die Pragmatikerin

Eva-Maria Holzleitner zog mit 24 in den Nationalrat ein, wurde mit 28 SPÖ-Vizechefin und steht jetzt als 32-Jährige in den großen Fußstapfen von Johanna Dohnal und Co. Wer ist die neue Wissenschafts- und Frauenministerin?

TEXT ROBERT MISIK



Eva-Maria Holzleitner ist eine Zukunftshoffnung der SPÖ: Die neue Frauen- und Wissenschaftsministerin gilt als zielstrebig und konstruktiv.



Ihre ersten politischen Erfahrungen machte Holzleitner in ihrer Heimatstadt Wels –
„weil mir jemand einen Flyer in die Hand gedrückt hat“.

Eva-Maria Holzleitner lacht. „Durchwachsen“, antwortet sie nach einem kurzen Moment auf die Frage, wie das denn war, als sie als junge Frau bei der SPÖ in ihrem Heimatbezirk in Wels anklopfte. Willkommen war sie anfangs nicht. Doch sie blieb hartnäckig und cool und wechselte in eine andere Sektion der Stadt.

Skurril: Seinerzeit wäre sie beinahe weggeschickt worden, jetzt, nur wenige Jahre später, ist sie eine Zentralfigur der SPÖ, nicht nur Frauenvorsitzende und mit ihren 32 Jahren schon Vize-Parteichefin. Sie ist Frauenministerin, zusätzlich Ministerin für Wissenschaft und Forschung, und macht auf dem internationalen Parkett beste Figur. Hört man sich in Wiener Insider:innenkreisen um, dann war sie diejenige, die die Partei zusammenhielt und bei den Koalitionsverhandlungen dafür sorgte, dass die Dinge konstruktiv weiterliefen, wenn sie mal aus der Bahn zu geraten drohten. „Konstruktiv“ ist sowieso ein Vokabel, das immer wieder fällt, wenn die Rede auf Holzleitner kommt. Oder auch: „Eine Pragmatikerin.“

In der Partei wird sie nur „die Evi“ gerufen, was keineswegs respektlos ist. Eine ihrer Vorgängerinnen, die erste Frauenministerin Johanna Dohnal, war ja auch für

alle nur die „Johanna“, und da klang bei ihren Anhänger:innen Nähe, Respekt und irgendwann auch Ehrfurcht mit. „Extrem große Fußstapfen“ seien das, in denen sie jetzt stehe, sagt Holzleitner. Dohnal, Barbara Prammer: Die Frauenministerinnen sind Legenden innerhalb der SPÖ.

Prägendes Erlebnis

Wenn es einen Moment gab, der das Bild von Holzleitner in der Öffentlichkeit definierte, dann war das vielleicht der späte Nachmittag des 5. Juni 2023. An diesem Montag wurde plötzlich bekannt, dass doch nicht Hans-Peter Doskozil beim Parteitag zum Chef gewählt wurde, sondern Andreas Babler – die Excel-Panne.

In den internen Chats liefen die Gemüter heiß, die Medien belagerten die Parteizentrale. Niemand hatte den Mut, in diesem ersten Moment des Unwirklichkeitsgefühls etwas zu sagen. Die Kommentator:innen waren voller Hohn. Und dann trat Holzleitner als Erste aus der Parteizentrale in der Löwelstraße, erklärte, dass sie so erschüttert und sprachlos sei wie alle und dass so etwas nicht passieren dürfe – und noch ein paar Dinge, die den Nerv und den richtigen Ton trafen.

Ist sie mutig? „Es ist immer schwierig, so etwas über sich selbst zu sagen“, sagt sie – und denkt nach. Vielleicht weiß sie es selbst nicht. Mut muss ja keine Tugend sein, kopflose Risikofreude ist dann auch wieder nicht gut. „Das war einfach arg damals. Und es war eine Notwendigkeit, irgendwer musste es machen.“ Und: „Manchmal ist es nötig, Klarheit zu schaffen. Das Herz darf auch keine Mördergrube sein.“

Man hat das Gefühl, ans Minister:innenendesein hat sie sich schon gewöhnt. „Weniger selbstbestimmt“ sei ihr Leben jetzt. Ihre Termine gäben andere vor, werden oft umgeworfen. Gerade war sie in Paris, Emmanuel Macron hatte zu einem Gipfel zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit eingeladen. Ursula von der Leyen war auch da. „Natürlich ist das eine neue Dimension, wenn plötzlich eine Einladung vom französischen Präsidenten ins Büro reinflattert.“

Erste Schritte

Ins Fahrwasser sozialistischer Jugendpolitik sei sie geraten, „weil mir jemand einen Flyer in die Hand gedrückt hat“, sagt sie und lacht. So ist die Welser Gymnasiastin auf ihr erstes Wochencamp der „Aktion kri-



„In der Politik geht alles unglaublich schnell“, sagt Holzleitner. Pläne würden oft umgeworfen. „Da ist Struktur umso wichtiger.“

tischer Schüler_innen“ (AKS) gekommen. „Dabei kannte ich da niemanden besser.“

In der Schule hat Holzleitner sich als Klassensprecherin gegen einen Lehrer engagiert, der rassistische und sexistische Sprüche losließ. Er wurde zwar temporär suspendiert, aber das war eine „Unrechts-erfahrung“. Später studierte sie Sozialwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz, arbeitete in der Forschungsförderung, wurde mit 23 Jahren Vorsitzende der Jungen SPÖ-Generation in Oberösterreich, mit 24 kam sie mit etwas Glück in den Nationalrat. Mit 28 war sie Chefin der SPÖ-Frauen.

Feministin sei sie, sagt sie mit Nachdruck („die Rechten haben den Begriff bewusst diffamiert“), und wenn sie ausgleichend sei, dann weil sie gelernt habe: „Wir sind eine gemeinsame Partei, da muss man die Hand ausstrecken.“ Sie nehme einen Stolz wahr über die neue Einigkeit der SPÖ („das verspüre ich schon“). Auch die Dreierkoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS agiere gemeinschaftlich, „ruhig und besonnen“. Bei der ÖVP sehe sie einen „Erwachensmoment“ nach der Schockaussicht auf eine Kickl-Kanzlerschaft. Christian Stocker, so sagt sie, „hat mich überrascht“, er habe sich als „extrem angenehm“ und „klar“ erwiesen. Gut sei, dass das Gegeneinander in der eigenen Partei jetzt endlich vorbei sei: „Bei

90 Prozent aller Interviews, die ich hatte, wurde ich hauptsächlich nach den internen Streitigkeiten der SPÖ gefragt.“

Kühler Kopf

Hört man sich in der Partei und bei Journalist:innen um, so muss man lange fragen, um etwas Negatives über Holzleitner zu hören, und das ist dann auch nicht wirklich schlimm. Sie sei extrem „kontrolliert“, weder jugendtypische noch hipstermäßige Eskapaden seien überliefert. „Evi schafft immer Struktur und erarbeitet einen Plan“, sagt Katrin Auer, SPÖ-Chefin von Steyr, dortige Kulturstadträtin und Nationalrats-abgeordnete. „Eine echte Feministin, engagiert und realistisch.“

„Das Herz darf keine Mördergrube sein.“

Eva-Maria Holzleitner

„Ich bin absolut perplex, mit welcher Brau- vour sie das macht“, sagt Johnny Reindl-Schwaighofer, Ex-Stadtrat, Ex-Klubob- mann und linkes Urgestein der Welser SPÖ: „Es ist noch viel möglich mit ihr“, sagt er, sie sei überall „ein Gewinn in der Arbeitsfähigkeit“.

Fragt man die politische Konkurrenz, hört sich das nicht sehr viel anders an. „Wir sind 2017 gemeinsam ins Parlament gekommen“, erzählt Nico Marchetti, „da waren wir die jungen Rookies.“ Heute ist er ÖVP-Generalsekretär und selbst einer, der seine Rolle nicht als Haudrauf anlegt, wie das gelegentlich bei Partei-Generälen schon vorgekommen ist. Holzleitner habe er immer „frisch, als professionell und sehr verbindlich“ erlebt – und als fair. „Sie ist keine, die herumschreit, sondern die etwas erreichen will und weiß, dass man dafür eine Mehrheit braucht.“

Und diese Arbeitsfähigkeit wird Holzleitner brauchen, wenn sie bei beschränkten Budgetmitteln an den Universitäten nicht nur das Schlimmste verhindern, sondern etwas weiterbringen will. Wissenschaftler:innen aus den USA hier eine Chance geben und damit diese Chance auch für Europa nützen, in der Frauenpolitik beim Gewaltschutz die Lücken schließen: Es sind keine kleinen Pläne, die sie runterrattert.

Ist sie eine Person, die sich immer an einer Struktur und einem Plan festhalten muss? „In der Politik geht alles unglaublich schnell. Die äußeren Einflüsse sind unberechenbar, und wenn man einen Plan hat, wird er sehr oft umgeworfen“, sagt Holzleitner. „Da ist Struktur umso wichtiger.“ Pläne habe sie genug, und in jeder Phase ihrer Karriere habe sie Unterstützung durch wichtige Parteileute erfahren. „Ich sitze nicht hier, weil ich so ein Wunderwuzzi bin.“ Sondern auch, weil sie gefördert wurde und gelegentlich Fortune oder einfach Glück hatte.

„Zukunftshoffnung“ der SPÖ, so nennt sie der „Falter“. Aus unnötigen Konflikten hält sie sich heraus, wird dafür von vielen Seiten geschätzt. Sie ist weder im linken noch im rechten Flügel der Partei verankert, und wenn man sie nach ihrem Pragmatismus fragt, blickt sie eine Sekunde lang erschrocken, als wäre das ein wenig ein Charakterfehler, den man verbergen müsste, ein schmutziges Wort, mit dem man nicht verbunden werden möchte. ▀

Wann muss ein Betriebsrat mutig sein?

Manchmal braucht es Courage, um in unsicheren Zeiten eine Stütze für die Kolleg:innen zu sein. Drei Betriebsratsmitglieder berichten von schwierigen Situationen in ihrem Betrieb und davon, wie sie damit umgegangen sind.

Recherche – Vanessa Kovar



MICHAEL TUTSCHEK

STV. BETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI DIETZEL UNIVOLT

Gemeinsam mit der Personalabteilung, Geschäftsführung und Produktionsleitung hat der Betriebsrat einen Wiedereingliederungsplan für Kolleg:innen nach längerer Krankheit oder mit gesundheitlichen Einschränkungen erarbeitet. Mut war gefragt, um sensible Themen offen und konstruktiv anzusprechen. Dank Gesprächen auf Augenhöhe entstand ein gemeinsames Konzept.



SELINA EDER

BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI SWAROVSKI

Unser Betriebsrat muss aktuell sehr mutig sein, um sich für den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort Wattens einzusetzen. Vor allem die Geschäftsleitung in der Schweiz versucht, den Betriebsrat einzuschüchtern und ihn vor der Belegschaft schlecht darzustellen. Deshalb braucht es im Moment sehr viel Durchhaltevermögen, um weiterhin für die Menschen in unserem Unternehmen einzustehen.



MATTHIAS BRÖLL

BETRIEBSRATSVORSITZENDER DER MESSE DORNBIRN

Unsere Geschäftsführung hat uns vor einigen Wochen verlassen, weshalb wir uns aktuell in einer unsicheren Situation befinden, bis eine neue gefunden wird. Gerade jetzt heißt es, mutig in die Zukunft zu blicken, Stabilität ins Unternehmen zu bringen, die Ängste und Sorgen der Mitarbeitenden ernst zu nehmen und für sie da zu sein. In Zeiten wie diesen braucht es einen starken Betriebsrat.

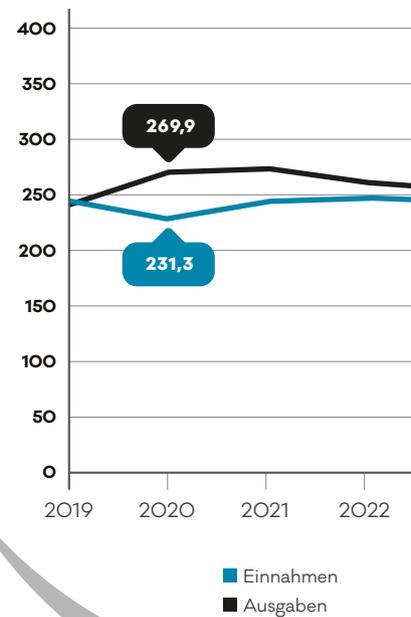
Kassastu

**Budgetplanung
2026**

**-8,7
MRD. EURO**

Über Geld spricht man bekanntlich nicht – außer wenn's ums Staatsbudget geht, da reden dann alle mit. Der Balanceakt, Milliarden einzusparen und dabei den unterschiedlichen Interessen von drei Regierungsparteien gerecht zu werden, oblag Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ).

Öffentliche Aus und Einnahmen in



ZUSÄTZLICHE EINNAHMEN 3,6 MRD. EURO

Krankenversicherungsbeiträge	700 Mio. Euro
Pensionist:innen	550 Mio. Euro
Übergewinnsteuer	210 Mio. Euro
Banken und Energiekonzerne	550 Mio. Euro
Höherer Beitrag Vermögender	210 Mio. Euro

AUSGABENSEITIG GESPART 6,7 MRD. EURO

Streichung Klimabonus	1.970 Mio. Euro
Kürzung Umweltförderungen	820 Mio. Euro
Abschaffung Bildungskarenz	650 Mio. Euro

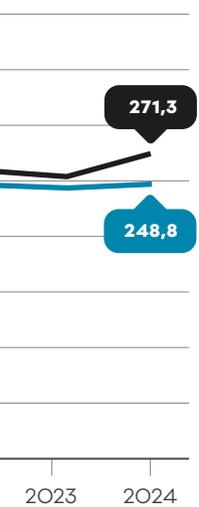
ZUSÄTZLICHE AUSGABEN 1,6 MRD. EURO

Wirtschaft und Arbeit	980 Mio. Euro
Bildung und Integration	350 Mio. Euro
Gesundheit und Soziales	240 Mio. Euro

rz, bitte!

Das Ergebnis ist ein Konsolidierungspfad für den österreichischen Haushalt. Mitte Juni wurde im Nationalrat zudem das Doppelbudget für 2025 und 2026 beschlossen. Als Kompromiss gestaltet, bringt es zusätzliche Einnahmen von Krisengewinner:innen, aber auch Einschnitte für die Vielen.

ausgaben
Mrd. Euro

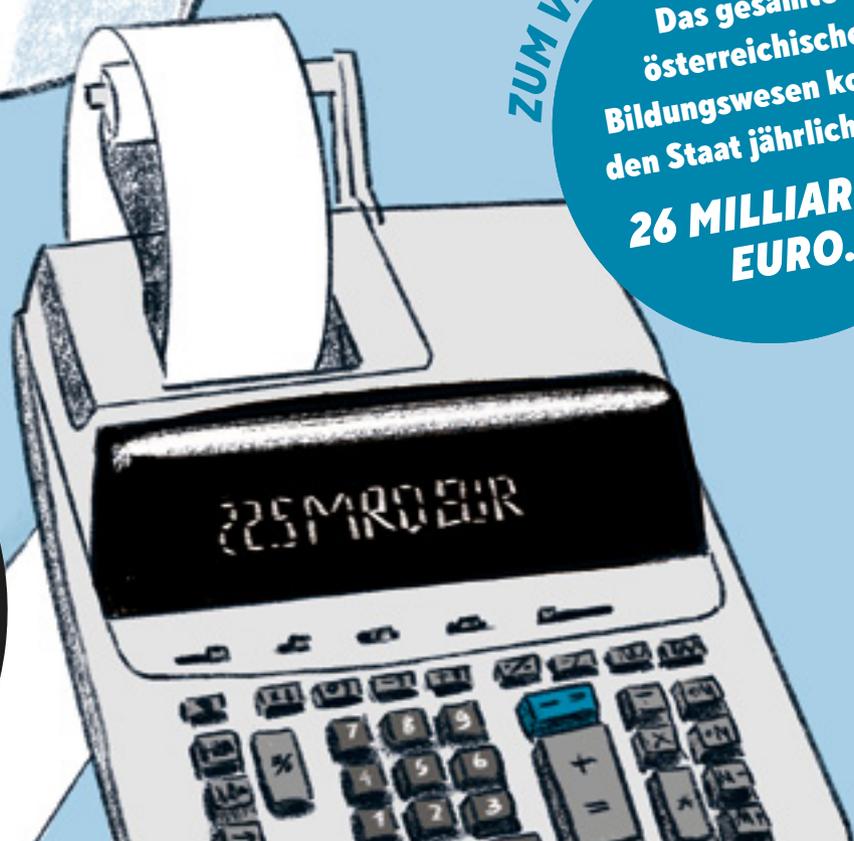


-35
MRD. EURO

... um so viel wird die österreichische Wirtschaftsleistung 2026 niedriger sein als für die erste Budgetplanung im Herbst 2022 prognostiziert.
Faustregel: 10 Mrd. Euro weniger Wirtschaftsleistung erhöhen das Defizit um 5 Mrd. Euro.

ZUM VERGLEICH
Das gesamte österreichische Bildungswesen kostet den Staat jährlich etwa **26 MILLIARDEN EURO.**

Budgetdefizit
2024
22,5
MRD. EURO



Rathaus ratlos

Gemeinden bezahlen für Bibliotheken, Müllentsorgung, Hochwasserschutz und Essen auf Rädern. Während die Kosten steigen und die Aufgaben mehr werden, sinken die Einnahmen. Auf Eurosuche in St. Valentin.

TEXT JOHANNES GRESS

Gemäß der niederösterreichischen Wahrscheinlichkeitslehre müsste im St. Valentiner Stadttamt ein grauhaariger Josef sitzen, der seit Jahrzehnten unangefochten den Herrschaftsanspruch der ÖVP verkörpert. Anzeichen dafür gäbe es genug: Der politische Mittelpunkt der Stadtgemeinde ist umringt von einer Filiale der Raiffeisen, einer Kirche, einem Kriegerdenkmal und ein paar Wirtshäusern, auf dem Vorplatz steht ein Maibaum, der das Stadttamt deutlich überragt. Doch sämtlichen schwarzen Machtinsignien zum Trotz sitzt im Innern mit Kerstin

Suchan-Mayr eine Frau und Sozialdemokratin im Bürgermeisterinnensessel – seit über 15 Jahren und mit absoluter Mehrheit.

Anfang Mai stapeln sich auf Suchan-Mayrs Schreibtisch die Akten, in der Ecke lagert noch die Oster-Deko, und in der Hand hält sie den Rechnungsabschluss 2024 der Stadtgemeinde St. Valentin. Beim Punkt „Schulden“ steht dort: 22.983.401,70 Euro.

Dass Gemeinden Schulden machen, ist nichts Neues und an sich wenig dramatisch. Doch seit einigen Jahren spitzt sich die Lage zu. Die Aufgaben werden mehr, die Kosten steigen, während die



Finanzmisere der Gemeinden: Im Budget zu sparen bedeute, an allen Ecken und Enden den Rotstift anzusetzen, erklärt die St. Valentiner Bürgermeisterin Kerstin Suchan-Mayr (SPÖ). Große Sprünge seien nicht möglich.

Kommunen immer weniger einnehmen. Hinzu kommt: Seit das komplette Ausmaß der Budgetmisere des Bundes bekannt ist, heißt es aus Wien: „Liebe Gemeinden, bitte sparen!“ Ortschef:innen von Bregenz bis Eisenstadt versuchen seither, ihre Ausgaben zu drosseln. Nur: Viel Spielraum haben sie dabei nicht.

Kommunale Handarbeit

Während eine Bundesregierung die Leitlinien vorgibt, erledigen Gemeinden die politische Handarbeit. Sie sind zuständig für Abwasser und Müll, ein lebendiges Vereinsleben, Bibliotheken, Freibäder, Essen auf Rädern und vieles mehr. Mit rund 30 Prozent der öffentlichen Investitionen sind Gemeinden zentrale Akteure der Infrastruktur- und Klimapolitik. Und sie sollen weiter investieren: in den Hochwasserschutz, den öffentlichen Verkehr, in Radwege und – nicht zuletzt, da die Regierung ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr plant – in die Kinderbetreuung. All das kostet Geld – Geld, das viele Gemeinden nicht haben.

In ihrer jüngsten Gemeindefinanzprognose vom Dezember 2024 rechnet das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) für 2025 damit, dass österreichweit fast die Hälfte der Gemeinden finanzielle Unterstützung brauchen wird, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten. Bereits heute stehen ihnen im Vergleich zu vorpandemischen Zeiten nur noch halb so viel Mittel für Investitionen zur Verfügung.

Auch im gut 9.000 Einwohner:innen zählenden St. Valentin im äußersten Westen Niederösterreichs werden die Auf- und Ausgaben nicht weniger. Ihr Anteil an der insgesamt 1,7 Millionen Euro teuren Revitalisierung des Erlabachs kostete die Gemeinde 34.000 Euro, der Um- und Zubau der Volksschule Langenhart wurde mit knapp vier Millionen Euro veranschlagt. Ein ursprünglich mit 12,6 Millionen Euro budgetiertes Gemeindezentrum, das „Valentinum“, kostete schlussendlich 17,5 Millionen Euro. Die Aufstockung der Kindergärten von 14 auf 20 Gruppen ist noch nicht genau bezifferbar, aber bereits der laufende Betrieb kostet mehrere Hunderttausend Euro im Jahr.

All das belastet das Gemeindebudget – und sorgt gleichzeitig für eine lebenswerte Stadt. Laut dem Gleichstellungsindex 2025 von Arbeiterkammer und Städtebund erreicht St. Valentin bei der Kinderbetreuung 80 und bei der Bildung 85 von 100 Punkten. Der österreichweite Durchschnitt liegt hier bei 58 bzw. 75 Punkten.

Schuld und Sanftmut

Karoline Mitterer ist Expertin für Finanzausgleich und Föderalismus im Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ). Sie erklärt: „Das aktuelle Problem bei den Gemeindefinzen ist, dass mehrere Faktoren zusammenkommen und sich die Situation somit zuspitzt.“ Die erste Entwicklung betrifft die Haupteinnahmequelle der Gemeinden, den Finanzausgleich, also Transferzahlungen vom



Die Gemeindebudgets geraten aus mehreren Gründen unter Druck. Einer davon: Immer mehr Transferzahlungen vom Bund bleiben bei den Ländern und gehen nicht direkt an die Kommunen.

Bund an die Gemeinden. Durch die ökosoziale Steuerreform, das Abschaffen der kalten Progression, die Senkung der Körperschaftsteuer und eine seit über zwei Jahren andauernde Rezession nimmt der Bund weniger Geld ein – wodurch auch die Gemeinden weniger bekommen. „Der Bund hat diese Maßnahmen beschlossen, ohne sich eine Gegenfinanzierung zu überlegen und ohne das mit den Gemeinden abzustimmen“, kritisiert Mitterer.

Zweitens steigt die sogenannte Umlagenbelastung. Mittlerweile verbleiben nahezu 50 Prozent der Transferzahlungen vom Bund an die Gemeinden bei den Ländern, die diese zum Beispiel für Krankenanstalten und Pflegedienste einfordern, Tendenz steigend.

Und drittens steigen die Ausgaben der Gemeinden, insbesondere im Bereich der Elementarpädagogik und der Ganztagschulen, für Maßnahmen zum Klimaschutz bzw. zur Klimawandelanpassung sowie – inflationsbedingt – für das Personal.

Eigentlich haben die Gemeinden in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet, Wien nicht miteingerechnet konnten sie ihr Defizit von 994 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 954 Millionen Euro im Jahr darauf reduzieren. Salopp formuliert sind sie es, die die Suppe nun auslöffeln müssen – ohne mitreden zu können. Denn über Steuern, Umlagen, Finanzausgleich und Transfers entscheiden zum Großteil Bund und Länder.

Sparen oder investieren?

Der wesentliche Unterschied zwischen Bund und Gemeinden besteht darin, dass Letzteren die großen Hebel fehlen. Während die Regierung ihre Ausgaben durch die Streichung des Klimabonus auf einen Schlag um zwei Milliarden Euro reduzieren kann, sparen die



Das neue Gemeindezentrum belastet die Finanzen: Anstelle von 12,6 hat das „Valentinum“ 17,5 Millionen Euro gekostet.

Gemeinden „überall ein paar Tausender, die das Kraut am Ende dann doch fett machen“, wie Bürgermeisterin Suchan-Mayr es formuliert. Zukünftig könne eben nicht jedes Schlagloch repariert oder jede Bushaltestelle erneuert werden. Um Energie und Chemie und somit Kosten zu sparen, habe man unlängst im örtlichen Freibad die Technikanlagen erneuert. „Jede:r Gemeindemitarbeiter:in sowie alle Gemeinde- und Stadträt:innen sind angehalten, möglichst sparsam mit unseren Mitteln umzugehen“, so Suchan-Mayr.

Eigentlich versuchen Regierungen in Zeiten der Rezession, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, indem sie antizyklisch wirtschaften, das heißt Geld ausgeben, investieren, Arbeitsplätze und Einkommen schaffen, den Konsum ankurbeln und wiederum mehr Steuern einnehmen. Die Idee ist, dass sich staatliche Ausgaben somit selbst refinanzieren. Da Gemeinden derzeit die Mittel für Investitionen fehlen, besteht die Gefahr, dass sie das Budgetdefizit nur noch verschärfen. „Letztlich sind die Gemeinden dazu angehalten, eine prozyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben“, erklärt Verwaltungsexpertin Mitterer die Misere.

In St. Valentin kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Bis dato konnte sich Bürgermeisterin Suchan-Mayr auf die üppigen Kommunalsteuern verlassen. St. Valentin ist ein beliebter Industriestandort, viele Klein- und Mittelbetriebe, etwa der Maschinenbauer Engel, die Traktorenschmiede Case New Holland (ehemals Steyr Traktoren) und Magna Engineering produzieren hier. Seit einigen Jahren kriselt es im Automobilssektor, Engel baute bereits Anfang vergangenen Jahres 35 Stellen ab, zuvor schlitterte das Bauunternehmen CCI Service in die Insolvenz, 147 Beschäftigte verloren ihren Job. Der Bau eines Amazon-Werks scheiterte am Widerstand

der Bevölkerung. Für St. Valentin bedeuten weniger Arbeitsplätze weniger Wirtschaftsleistung, ergo weniger Einnahmen.

Nahezu der gesamte Gemeinderat hofft daher auf weitere Betriebsansiedlungen. Helfen soll der Bau einer Umfahrungsstraße, den SPÖ, ÖVP und FPÖ seit Jahrzehnten vehement fordern – so vehement, dass die sonst so fahrradaffine Bürgermeisterin 2019 bei einer PR-Aktion Gebrauchtwagen an den Stadteinfahrten auf Kieshaufen kippen ließ.

„Die von der EU und vom Bund vorgegebenen Klimaziele sind ambitioniert – und ohne die Gemeinden nicht zu erreichen.“

Karoline Mitterer

Grüne Hoffnung St. Pölten

Weniger begeistert von der Idee einer Tangente ist Lothar Hasenleithner. Der einzige Gemeinderat der Grünen trägt kurze Hose mit bunten Socken, graues, lockiges Haar und hegt eine Faszination für Pink Floyd auf Vinyl, Fahrräder und Schachtelsätze. „Es wird gebaut, gebaut, gebaut“, ärgert er sich mit Blick auf seine Gemeinde, die laut einer Erhebung aus dem Jahr 2021 pro Einwohner:in fünfmal mehr Flächen versiegelt als im Österreich-Schnitt. Die Umfahrungsstraße wäre ein „ökologischer Supergau“, von dem



Der Erlabach in St. Valentin wurde renaturiert, um als Hochwasserschutz zu dienen. Kostenpunkt für die Gemeinde: 34.000 Euro.

In der geplanten Umfahrungsstraße sieht Gemeinderat Lothar Hasenleithner (Grüne) einen „ökologischen Supergau“. Das Gemeindebudget sollte anders saniert werden.

hauptsächlich Unternehmen profitieren würden, und würde das Budget „ohne Zweifel sprengen“, kritisiert Hasenleithner.

Für ihn ist klar: Die Gemeinde muss sparen, aber nicht um jeden Preis. Er rät dringend davon ab, beim öffentlichen Verkehr, beim Ausbau der Radwege oder beim Naturschutz zu sparen. Zum Wohle von Natur und Budget sollte man auf die von SPÖ, ÖVP und FPÖ geforderte „Firmenzufahrt“ verzichten. „Das wäre ein Hebel, sich zumindest zum Sparen zu bekennen.“

Hasenleithners Hoffnung sitzt in St. Pölten: Solange die Landesregierung keine Mittel freigibt, bleibt in St. Valentin die Wiese grün. Und die Koalition aus ÖVP und FPÖ scheint derzeit wenig motiviert, der roten Bürgermeisterin unter die Arme zu greifen. Im Budgetvoranschlag 2025 der Gemeinde sind für die „Umfahrungsstraße“ null Euro dotiert.

Eine vertrackte Situation. Die Gemeinden stehen unter Spar- druck, doch bleiben ihnen wenig Möglichkeiten, mehr Einnahmen zu generieren und Ausgaben zu kürzen, die nicht am Wohlstand kratzen. Letztlich sei es eine „Frage der Prioritäten“, stellt Bürgermeisterin Suchan-Mayr klar. Bei Kindergärten will die gelernte Elementarpädagogin keinesfalls sparen. Hierfür nimmt sie gerne ein paar Einsparungen bei der Straßensanierung in Kauf. Stattdessen will sie mehr Geld von Land und Bund, für die Kinderbetreuung, Bildung oder Investitionen in den Klimaschutz. Außerdem sieht sie die Notwendigkeit für Reformen im Gesundheitssystem und in der Verwaltung sowie für Maßnahmen zur Deregulierung.

Karoline Mitterer vom KDZ spricht sich seit Längerem für eine „Entflechtung der Transfers bei Pflege, Sozialhilfe und Gesundheit“ aus. Soll heißen: Die Finanzierung der Sozial- und Gesundheits-

leistungen soll vollständig in die Hände der Länder übergehen. Dies werde nur gelingen, wenn es gesamtstaatliche Lösungen zur Finanzierung des Pflege- und Krankenanstaltenbereichs gibt – ein dickes Brett.

Kurzfristig könnte der Bund eine Anhebung der Grundsteuer beschließen, die Länder könnten verstärkt Leerstands- und Zweitwohnungsabgaben einführen, so Mitterer. Auch die Gemeinden selbst könnten sparen. Denkbar sei ein Ausbau der Kooperation zwischen Gemeinden, beispielsweise, indem diese bei Themen wie Kinderbetreuung oder Klimawandelanpassung auf „regionale Personalpools“ zurückgreifen oder sich mehrere Gemeinden eine Verwaltung teilen.

Zudem schlägt Mitterer einen kommunalen Klimainvestitionsfonds vor. Für die thermische Gebäudesanierung, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie Investitionen in das Nahwärmenetz sollen Gemeinden jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. „Die von der EU und vom Bund vorgegebenen Klimaziele sind ambitioniert – und ohne die Gemeinden nicht zu erreichen“, so Mitterer.

Ob derlei Reformen kommen, bleibt abzuwarten. Unlängst kündigte die Regierung eine Reform des innerösterreichischen Stabilitätspakts, der die finanziellen Verpflichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden regelt, an. Was das für die Finanzierung der Gemeinden bedeutet, war aus dem Finanzministerium nicht zu erfahren. Man wolle den Verhandlungen nicht vorgreifen, heißt es auf A&W-Nachfrage. Ergebnisse soll es im Herbst geben. Bis dahin werden die Schulden in St. Valentin laut Voranschlag um weitere drei Millionen Euro steigen. ▀

F wie Framing

Von Deregulierung bis „Gold Plating“: In der medialen Debatte ist zurzeit viel die Rede von der öffentlichen Verwaltung – von ihrer vermeintlichen Ineffizienz und Kostspieligkeit. Inwieweit es sich hier um neoliberale Framings handeln könnte, erklären wir im Q&A.

TEXT A&W REDAKTION

Wir erleben es in den USA, aber auch in der EU: Der öffentlichen Verwaltung wird in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten von politischer Seite der Kampf angesagt. Die neoliberale Ideologie betrachtet Staatsausgaben und öffentliche Dienstleistungen als überflüssige Kosten – und als potenziellen Markt: Diese Aufgaben könnten schließlich auch gewinnorientierte Privatunternehmen übernehmen und eine Menge Geld damit verdienen. Dass das aber auch Verschlechterungen für die Qualität und Kosten der öffentlichen Infrastruktur bedeuten kann, ist vielfach belegt.

In der medialen Debatte werden öffentliche Apparate dann gern als aufgebläht und unnötig dargestellt. Ein Blick auf das Wording der Neoliberalen lohnt sich, um Fakt von Framing unterscheiden zu können.

„Bürokratieabbau“

Das klingt doch nach überschießender Bürokratie, die endlich eingedämmt werden muss, oder? In Wahrheit geht es oft darum, Erleichterungen für Wirtschaft und Industrie durchzusetzen und hohe Standards auf Kosten von Konsument:innen, Arbeitnehmer:innen oder der Umwelt zu deregulieren. Das „Rezept“ wird aktuell beim Omnibus-Paket der EU-Kommission aus der Lade gefischt: Die Wettbewerbsfähigkeit dient als Vorwand, um Umwelt- und Sozialstandards zu senken (siehe S. 33–34).

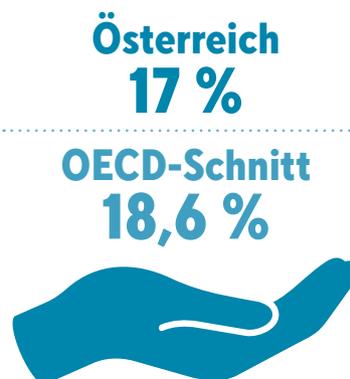
„Gold Plating“

Sowohl unter der türkis-blauen als auch unter der türkis-grünen Koalition war die Verhinderung des sogenannten „Gold Plating“ erklärtes Ziel in der Wirtschaftspolitik. Die Phrase bezieht sich auf nationale Gesetze, die höhere Standards für Arbeitnehmer:innen, Konsument:innen und Umwelt vorsehen, als sie das EU-Recht vorgibt.

Der Begriff „Gold Plating“ suggeriert, dass es sich dabei um unnötigen Luxus handelt, den man streichen kann. Das verkennt, dass diese Regelungen einst aus gutem Grund eingeführt wurden – um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern.

Anteil öffentlich Bediensteter an der Erwerbsbevölkerung, 2021

Quelle: OECD



„One in, one out“

Mit dem sogenannten „One in, one out“-Prinzip soll für jedes neue EU-Gesetz eine bestehende EU-Regelung, vorzugsweise im selben Bereich, gestrichen werden. Dadurch, so das Ziel, soll die Anzahl der Gesetze insgesamt gleich bleiben. Bei einer strikten Anwendung dieses Prinzips ist aber eine Weiterentwicklung gesellschaftspolitischer Standards nicht mehr möglich.

Sobald beispielsweise an einer Stelle mit einer neuen EU-Regelung der Konsument:innenschutz verbessert wird, muss eine bestehende Verbraucher:innenschutzregel gestrichen werden. Eine Steigerung der Standards im Konsument:innenschutz ist dadurch nicht mehr möglich, ein Stillstand bei fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Regelungen damit vorgeplant.

Was es wirklich braucht:

Eine Vereinfachung von komplexen bürokratischen Abläufen ist durchaus erstrebenswert, doch anstelle von gesetzlicher Deregulierung oder Personalkürzungen wäre ein effizienter Mitteleinsatz von größerem Vorteil. Durch die Digitalisierung haben sich Behördenwege bei vielen Angelegenheiten bereits verkürzt oder ganz erübrigt. Hier gibt es noch mehr Potenzial, lange Instanzenwege zu vereinfachen, ohne für schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Mehrheit zu sorgen. ▀

Ulrike Ginner und Mathias Grandosek,
Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Sarah Kleiner

Die Macht der Tech-Giganten brechen

Digitalkonzerne sammeln enorme Mengen an Daten über ihre Nutzer:innen und bedrohen durch marktdominierende Stellungen Vielfalt und Wettbewerb – und damit nicht zuletzt die Demokratie. Umso wichtiger ist es, in dem Bereich für Regulierung zu sorgen. Die EU hat das mit dem Digital Markets Act (DMA) geschafft, der seit rund zwei Jahren in Kraft ist. Er zielt auf faire und wettbewerbsfähige Digitalmärkte ab und darauf, monopolartige Strukturen zu verhindern.

Große Online-Plattformen werden seither als „Gatekeeper“ reguliert. Momentan sind als solche die Konzerne Alphabet, Amazon, Apple, Booking, Bytedance, Meta und Microsoft registriert. Ihre Dienste – Suchmaschinen, soziale Medien, Betriebssysteme, Browser, Onlinehandel – sind aus dem Alltagsleben nicht mehr wegzudenken.

Der DMA legt den „Gatekeepern“ zahlreiche Verpflichtungen auf. Sie müssen etwa fairen Zugang für Drittanbieter zu ihren Diensten und Plattformen gewährleisten und dürfen eigene Produkte nicht gegenüber denen von Mitbewerber:innen bevorzugen. Bei Verstößen gegen den DMA können Geldbußen von bis zu 10 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes verhängt werden, bei Wiederholungstaten bis zu 20 Prozent. Als Ultima Ratio wäre nun auch die Zerschlagung von Plattformen möglich.

Und die Regulierungsoffensive zeigt Wirkung: Im April verhängte die EU-Kommission Geldbußen gegen Apple in Höhe von 500 Millionen Euro, da es Entwickler:innen untersagt wurde, Nutzer:innen auf günstigere Kaufoptionen außerhalb des App Stores hinzuweisen. Meta wurde mit 200 Millionen Euro Strafe belegt, weil Nutzer:innen gezwungen wurden, zwischen personalisierter Werbung und einem kostenpflichtigen werbefreien Zugang zu wählen.

Der rigorose Vollzug des DMA steht derzeit in einem Spannungsfeld mit der Handelspolitik der USA. Diese kritisieren, dass die Regelungen hauptsächlich US-amerikanische Unternehmen treffen. Die Regierung unter Donald Trump verschärfte die Gangart mit „Zolldrohungen“, die auch darauf abzielen, den DMA außer Kraft zu setzen. Ein Zurückweichen der EU wäre aber das falsche Signal. Dies gilt umso mehr nach der Entfaltung des Zollstreits für die Aufrechterhaltung des europäischen Selbstbewusstseins.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/newsletter**



Omnibus nimmt Fahrt auf

Die EU-Kommission will mit Omnibus-Paketen Bürokratie und Verwaltungsaufwand für Unternehmen reduzieren. Doch die Zivilgesellschaft warnt vor dem Abbau von Umwelt-, Verbraucher:innenschutz- und Sozialstandards. Was konkret geplant ist.

TEXT SARAH KLEINER

Wer beim Wort Omnibus an einen Bustrip denkt, der ist wohl zumindest eines: urlaubsreif. Was die EU-Kommission derzeit unter dem Begriff vollzieht, ist laut Gewerkschaften, Arbeiterkammern und Menschenrechts-Organisationen weitaus weniger amüsant. Das lateinische Wort steht in der Gesetzgebung für ein bestimmtes Vorgehen: Mehrere Rechtsanpassungen werden in einem Schritt durchgeführt.

Die EU-Kommission gestaltet derzeit mehrere Omnibus-Pakete, die offiziell der Wettbewerbsfähigkeit der Union dienen und sich als Kostensenkungsprogramme für Unternehmen präsentieren. Der Verwaltungsaufwand für Betriebe soll, so der Plan, bis 2029 um 25 Prozent gesenkt, Finanzmittel sollen leichter verfügbar werden. Die EU-Behörde rechnet mit jährlichen Einsparungen in Höhe von rund 6,3 Milliarden Euro und frei werden Investitionskapazitäten von etwa 50 Milliarden Euro. Arbeitnehmer:innenverbände und NGOs aber warnen: Die Kommission mache Schutzbestimmungen in den Bereichen Konsument:innenschutz-, Sozial- und Umweltpolitik rückgängig. Die AK Wien spricht von einem „Kniefall vor der Wirtschaftslobby“.

Die ersten Omnibus-Pakete betreffen etwa das EU-Lieferkettengesetz, das auf ein Ende von menschlicher Ausbeutung und Umweltverschmutzung in internationalen Lieferketten abzielt. Es wird ebenso geschwächt wie Pflichten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Durch einen Omnibus wurde die Definition von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgeweitet, wodurch inzwischen mehr als 99,9 Prozent der europäischen Firmen (zuvor 99,8 Prozent) von Berichtspflichten über die unternehmerische Performance und anderen Vorschriften ausgenommen sind.

Anlass für Kritik geben nicht nur die Omnibus-Inhalte, sondern auch, wie sie zustande kamen. So wurden keine öffentlichen Konsultationen durchgeführt – im Gegensatz zu den sonst üblichen Gepflogenheiten können EU-Bürger:innen zu den Gesetzesvorschlägen nicht Stellung beziehen. Eine Folgenabschätzung zu den möglichen Auswirkungen wurde ebenfalls nicht durchgeführt. Auffallend ist, dass die EU-Kommission im Vorfeld überwiegend Lobbying-Termine mit Wirtschaftsvertreter:innen wahrnahm, insbesondere mit der Finanzlobby, etwa dem Deutschen Aktieninstitut.

Viele Expert:innen sind sich einig: Durch die Omnibusse werden im Eiltempo zentrale Regelungen des Green Deal zurückgeschraubt. Klimaschutz und unternehmerische Sorgfaltspflichten rücken in den Schatten von liberalen Wirtschaftsinteressen.

& INFO

Online berichtete A&W bereits zu den demokratiepolitischen Bedenken:
www.arbeit-wirtschaft.at/lieferkettengesetz-omnibus



Fataler Fehltritt

Soziale und ökologische Ambitionen sind keine Bürde, sondern sollten Europa ausmachen. Die EU-Kommission sendet mit dem „Omnibus“-Paket zu einem entscheidenden Zeitpunkt die falschen Signale.

Die Europäische Kommission hat also beschlossen, die Unternehmen in den Mitgliedsländern von „un nötiger administrativer Arbeit“ zu entlasten. Was unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau“ läuft, soll die Berichterstattung vereinfachen, ohne die ehrgeizigen Ziele der EU zu vernachlässigen, so die Idee der Brüsseler Behörde: eine echte Win-win-Situation.

Nur, das stimmt so nicht: Was im Eiltempo und in höchstem Maße intransparent unter dem Titel „Omnibus“-Paket verabschiedet wurde, sind Eingriffe in EU-Gesetze des Green Deal und der Lieferketten-Richtlinie. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen weniger eine Entbürokratisierung als vielmehr eine De-regulierung dar. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung wird zurückgefahren, das Lieferkettengesetz nahezu substanzlos ge-

macht. Soziale und klimapolitische Standards werden abgeschwächt, womit das Wohl aller Menschen gefährdet wird.

Gerade jetzt, an einer Zeitenwende, gibt Europa das Festhalten an klaren, transparenten und fairen Regelungen auf. Die Geschichte der EU zeigt uns aber, dass gerade die Verteidigung von Rechten und Fairness kein Luxus sind – auch kein Wettbewerbskiller –, sondern Garantie dafür, dass Europa stark und sicher bleibt. Begreifen die EU-Granden nicht, dass jetzt der Epochenmoment für Europa gekommen ist? Es geht um ein neues Selbstverständnis, eine neue Widerstandskraft, das Zusammenstehen der Länder, weil kein Einzelstaat für sich selbst etwas bewirken kann. Es geht um die Stärkung dessen, was wir als soziale Dimension der EU kennen. Das muss der Anspruch sein.

Die Vereinheitlichung von Standards und Berichtspflichten ist durchaus sinnvoll. Aber das Aufgeben von Zielen und Inhalten, die Europa für viele sogar begehrt machen, ist ein Fehler. Was die EU jetzt braucht, sind mutige Initiativen, Innovation und Investitionen in moderne Technologien – unter Einbeziehung nicht nur der Industrie-Lobby, sondern auch der Arbeitnehmer:innen. Das Binnenmarkt-Projekt des ehemaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors (EU-Kommissionspräsident 1985–1994) – mit dem Euro das Herzstück Europas – wäre nie zustande gekommen, hätte er nur eine Seite berücksichtigt.

Es ist keine demokratiepolitische Leistung, Gesetze, die qualitative und quantitative Verbesserungen für Klima, Umweltschutz und soziale Rechte (wie den Schutz vor Ausbeutung) gewährleisten, leichtfertig zu verwässern oder hinauszuschieben und durch fehlende klare Anforderungen für Unsicherheit und berechtigte Kritik zu sorgen. Dass das in Zeiten eines steigenden Bewusstseins für verantwortungsvolle Unternehmensführung bei Verbraucher:innen und Investor:innen geschieht, macht das Ganze noch schlimmer.

Ob die Beschwerde gegen das „Omnibus“-Paket, die von acht NGOs gegen die EU-Kommission eingereicht wurde, etwas bewirken kann, ist fraglich. Es sieht so aus, als hätte Brüssel eine große Chance verspielt. ▀



MARGARETHA KOPEINIG arbeitet als freie Journalistin, ist Autorin zahlreicher Bücher und war langjährige Brüssel-Korrespondentin, unter anderem für den „Kurier“.



Die Luft zum Atmen

Während US-Präsident Donald Trump den Kahlschlag in der öffentlichen Verwaltung vorantreibt, machen die Gewerkschaften in den USA mobil. Was dort passiert, hat auch globale Folgen.

TEXT SASKIA BLATAKES



Es ist ein Axthieb mit Ansage: Im Wahlkampf hat Trump angekündigt, 275.000 der insgesamt 2,4 Millionen Bundesbediensteten zu entlassen. „Den Sumpf in Washington trockenlegen“, so heißt das in seiner gewohnt brachialen Rhetorik und ist Teil seiner illiberal-autoritären „Agenda 47“. Zeit hat sein Team keine verloren: Über 135.000 mussten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits gehen. Der US-amerikanische Gewerkschaftsbund wird regelrecht überrannt, und man versucht in Webinaren, die vielen Anfragen von Betroffenen und Menschen, die um ihren Job bangen, zu beantworten. In einem Staat ohne gut funktionierendes Sozialsystem bedeuten die Massenentlassungen nicht nur für sie und ihre Familien ein Desaster. Sie haben Folgen für das ganze Land.

Der Kahlschlag bedroht die Stabilität der kritischen Infrastruktur, wenn zum Beispiel Fachleute in der Wetterbehörde fehlen, die sich um Frühwarnsysteme für Überschwemmungen oder Waldbrände kümmern. Viele Expert:innen fürchten den Zusammenbruch zentraler Datensysteme. Die Verbraucher:innenschutzbehörde „Consumer Financial Protection Bureau“, die den großen Banken auf die Finger schaut, wurde komplett entkernt. Zusätzlich zerstören



„Es liegt an uns und unseren Betriebsrät:innen, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Absicherung der Demokratie.“

Trump und seine Entourage schleichend die Unabhängigkeit der Behörden, indem sie „illoyale“ Angestellte feuern und durch treue Gefolgsleute ersetzen, vor allem in Sicherheitsbehörden wie der CIA oder der Steuerbehörde IRS. Luc Triangle, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bringt es auf den Punkt: „Zynische Milliardär:innen ersticken die Demokratie.“

Demokratieabbau stoppen

Und die ist nicht nur in den USA gefährdet. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian sagt: „Wir erleben weltweit, wie demokratische Systeme stückchenweise ausgehöhlt werden. Das bringt Arbeitnehmer:innenrechte in Gefahr. Gewerkschaften brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen.“ Er sieht auch den ÖGB in der Pflicht: „Es liegt unter anderem an uns und an unseren Betriebsrät:innen, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Absicherung der Demokratie.“

Liz Shuler, Chefin des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes „American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations“ (AFL-CIO), erzählt in einem Webinar, Trumps Kahlschlag habe bei vielen US-Bürger:innen zwei Gefühle geweckt: Sor-

ge vor den regierenden Republikaner:innen, aber auch Frust über die Demokrat:innen, die versagt hätten. Für sie könnte die Arbeiter:innenbewegung jetzt besonders attraktiv sein, meint Shuler. Gezielt möchte die AFL-CIO in Kampagnen Trump-Wähler:innen ansprechen: „Sie haben ihn gewählt, und jetzt hat er Sie gefeuert? Schließen Sie sich uns an!“ Ergänzt wird das durch Beratungen und „Kenne deine Rechte“-Trainings, die zum Beispiel aufzeigen, wie man sich gegen repressive Aktionen der Einwanderungsbehörde wehrt. Damit widerspricht Liz Shuler dem gängigen Vorurteil, die linke Bewegung in den Staaten befinde sich in Schockstarre. Dieser Eindruck entstünde, weil die Gewerkschaften ganz bewusst nicht auf jeden Tweet und jede neue abstruse Ankündigung Trumps reagieren.

Flut an Klagen

Ein Großteil des Protests findet nicht in der Sphäre des Trump'schen PR-Blendwerks statt, sondern konkret im Tagesgeschäft der Politik: im Kongress und in den Gerichtssälen. Dort versuchen Trumps Gegner:innen, die Entlassungen für illegal erklären zu lassen. Das dauert, denn entschieden wird nur im Einzelfall. Aber die Klagen haben

– zumindest juristische – Folgen: In Nordkalifornien und Maryland wurden die Entlassungen bereits als illegal deklariert. Auch vom Supreme Court gibt es Gegenwind: Trump wollte den Leiter der Behörde zum Schutz von Whistleblower:innen feuern und kam damit nicht durch. „Durch die vielen Klagen verlangsamten wir die Dinge“, erklärt Liz Shuler. Die Aktionen der Trump-Gegner:innen kämen gut an: „Wir haben mehr Auftrieb als je zuvor. 71 Prozent befürworteten derzeit die Arbeit der Gewerkschaften – und sogar neun von zehn Menschen unter dreißig.“ Ein Hoch wie zuletzt vor 60 Jahren.

Auch für ÖGB-Präsident Katzian ist jetzt die Zeit für globale Mobilmachung: „Wir müssen die internationale Solidarität vorantreiben, wenn wir den weltweiten Rechtsruck und die zunehmende Autoritarisierung aufhalten wollen“, sagt der ÖGB-Präsident. Das Kapital und rechtsextreme Organisationen seien bestens vernetzt. „Das müssen wir auch sein, um dagegenzuhalten. Im Zuge der Krisen und Kriege dürfen wir uns nicht dazu verleiten lassen, nur noch die Probleme innerhalb der eigenen Grenzen zu sehen, sondern müssen diese in einen internationalen Kontext stellen. Diese großen Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam lösen.“ ▀

Ein Regime am Kippen

Seit Monaten treiben politische Missstände Demonstrant:innen in Serbien auf die Straße. Osteuropa-Experte Vedran Džihic gibt darüber Auskunft, was hinter den Protesten steckt.

TEXT NADJA RIAHI

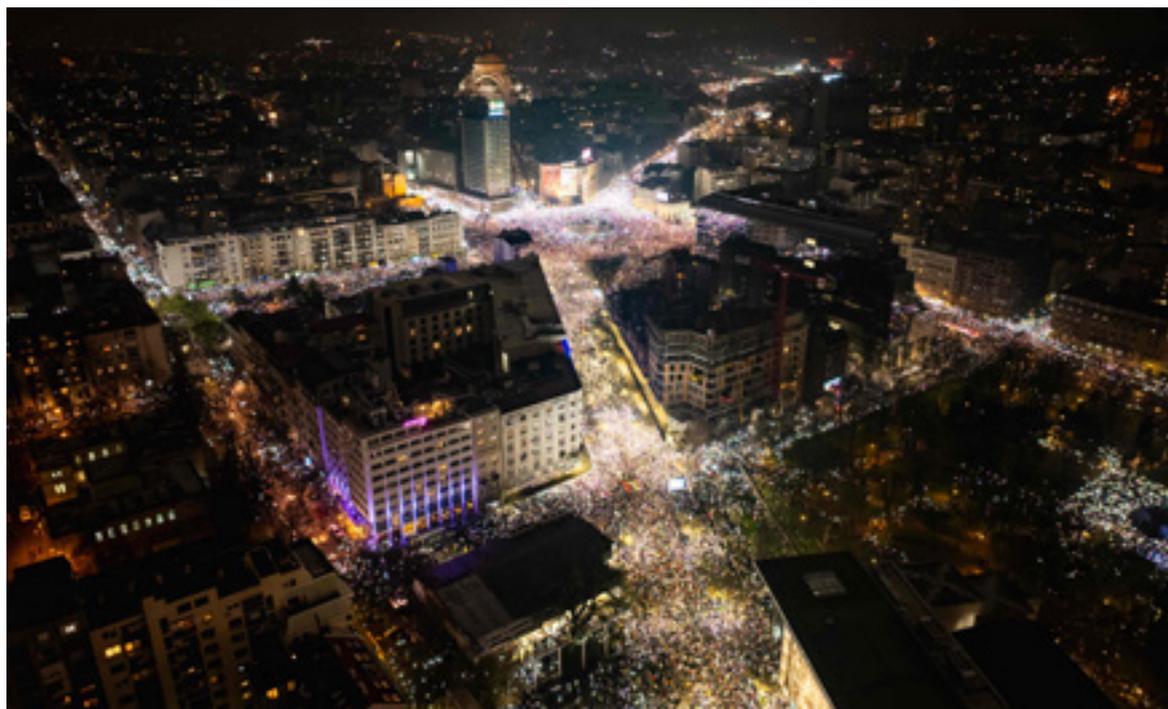
Im November 2024 stürzt in der nordserbischen Stadt Novi Sad das Dach eines frisch renovierten Bahnhofs ein, 16 Menschen kommen ums Leben. Rasch rücken Fragen zur Vergabe der Bauaufträge, zur Rolle parteinaher Unternehmen und zur Transparenz der eingesetzten Mittel in den Fokus der Öffentlichkeit.

Novi Sad wird zum Auslöser landesweiter Proteste, die seit Monaten nicht abreißen. Waren es anfangs nur Studierende, so gehen inzwischen Hunderttausende Sympathisant:innen mit auf die Straße, mehr als 60 Prozent der Bevölkerung unterstützen laut Umfragen ihre Anliegen. Protestmärsche quer durch Europa hoben die Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit und einem Ende der Kor-

ruption in Serbien auf eine internationale Ebene. Aber wo beginnt Korruption, und wie kann man ihr effektiv etwas entgegensetzen?

„Was in einem Land schon als Korruption gilt, kann anderswo noch als alltäglicher Akt der Dankbarkeit empfunden werden“, erklärt Vedran Džihic, Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Er forscht unter anderem zu Demokratietheorie, europäischer Integration und Protestbewegungen mit Schwerpunkt auf den Balkan und die USA.

Korruption ist ein globales Phänomen – und doch bleibt der Begriff schwer zu fassen. Es gibt keine allgemeingültige Definition. Wo Korruption anfängt und wo sie aufhört, bewegt sich oft in einer



Im März demonstrieren in Belgrad zeitweise mehr als 300.000 Menschen gegen die serbische Regierung und gegen korrupte Politik.

Grauzone, die von gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Prägungen beeinflusst wird. Vieles hängt von der Wahrnehmung ab – und die ist bekanntlich subjektiv.

„Was jenseits der subjektiven Wahrnehmung liegt, ist Korruption im großen Stil – dort, wo Transparenz, Offenheit und fairer Wettbewerb ausgehebelt werden und sich bestimmte Gruppen gezielt Vorteile verschaffen“, so Džihic. Besonders deutlich zeige sich das in vielen Ländern in der Bauwirtschaft: Gerade bei großen Infrastrukturprojekten würden immer wieder Gelder von politischen Parteien oder Wirtschaftseliten abgezweigt. Solche Praktiken schaden nicht nur einzelnen Projekten, sondern untergraben das Vertrauen in den Staat und fügen der gesamten Gesellschaft erheblichen Schaden zu.

„Serbien liegt unweit der EU, ist Kandidatenland für die Mitgliedschaft und hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren stark autokratisiert“, erklärt Politikwissenschaftler Vedran Džihic. Unter Präsident Aleksandar Vučić habe sich das Land zu einem kompetitiv-autoritären Regime entwickelt, das gezielt Institutionen und Justiz kontrolliere, um wirtschaftliche Vorteile zu sichern und effektive Korruptionsbekämpfung zu verhindern. Die Serbische Fortschrittspartei (SNS) fungiere dabei als „große klientelistische Umverteilungsmaschinerie“, bei der einem die Mitgliedschaft Vorteile verschaffe und Korruption bei öffentlichen Aufträgen an der Tagesordnung sei.

Korruption erkennen

Transparency International reiht Serbien auf Platz 105 von 180 Staaten, nur Bosnien-Herzegowina schneidet am Westbalkan schlechter ab. Die NGO misst mit dem Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) vor allem, wie stark Korruption im öffentlichen Sektor wahrgenommen wird. In der serbischen Bevölkerung wächst indes das Bewusstsein für Korruption als zentrales Problem: „22 Prozent sehen Korruption als das größte Problem Serbiens – vor vier Jahren waren es nur 12 Prozent. 41 Prozent glauben, dass Korruption weit verbreitet ist, 2021 waren es noch 19 Prozent.“

Die Proteste nach dem Einsturz in Novi Sad richten sich vor allem gegen die fehlende Transparenz und das Ausbleiben von Konsequenzen: „Bis heute ist nicht klar, wie und wohin das Geld für

**Anteil der Serb:innen,
die Korruption als größtes
Problem des Landes sehen**

Quelle: Transparency Serbia

22 %



Die serbische Bevölkerung verlange ein transparentes, rechtsstaatliches System. „Wir befinden uns an einem Kipppunkt“, sagt Osteuropa-Experte Vedran Džihic.

die Bahnhofsrenovierung geflossen ist. Die Regierung verschleierte die Vorgänge, Dokumente werden nicht offengelegt, Anklagen verlaufen im Sand“, so Džihic.

Ob durch die Proteste das Vučić-Regime gestürzt werde, sei aktuell noch offen. „Wir befinden uns an einem Kipppunkt. Der Höhepunkt der Macht ist überschritten. Die Angst vor dem Regime ist kleiner geworden, aber autoritäre Regime sind zäh und setzen alles daran, an der Macht zu bleiben – durch Kontrolle der Institutionen, der Medien und der Justiz.“ Für einen Wandel müssten laut Džihic drei Faktoren zusammenkommen: „anhaltender Protestdruck von der Straße, eine klare politische Opposition und Druck von außen, etwa durch die EU.“

Eine UN-Konvention gegen Korruption sei eher zahnlos und zeige wenig Wirkung, „weil die Vereinten Nationen nur appellieren können“, sagt Džihic. Der Europarat hat mit seinem Gremium GRECO insgesamt 24 Empfehlungen an die serbische Regierung gerichtet, umgesetzt wurde davon bisher nur eine. „Die EU hätte Mittel, um den Druck zu erhöhen, etwa durch die Vergabe von Geldern im Erweiterungsprozess, doch auch das bleibt oft im Graubereich“, sagt der Experte. Hinzu komme, dass das Regime in Serbien rhetorisch geschickt agiere: Es betone nach außen immer wieder seine angebliche Reformbereitschaft und schmücke sich mit Aktionsplänen und Prinzipien, während tatsächliche Umsetzung und Kontrolle fehlen würden.

Am Ende, so Džihic, bleibe der öffentliche Druck entscheidend: „Die wirksamsten Mittel bleiben der investigative Journalismus und massive Proteste, die sagen: Bis hierher und nicht weiter! Die Menschen wollen einen Staat, in dem Rechtsstaatlichkeit funktioniert und es keine Korruption gibt.“ ▀

Revolution oder Evolution?

Sigrid Stagl ist eine Pionierin der Forschung zu umweltfreundlichem Wirtschaften. Wie Klimaschutz trotz massiver Einsparungen nicht ins Hintertreffen gerät und warum Stagl der Postwachstumsökonomie gegenüber nicht abgeneigt ist, erklärt sie im Gespräch.

INTERVIEW SARAH KLEINER

Von ihrem Büro am Institut für Ökologische Ökonomie blickt Sigrid Stagl direkt ins Grün des Wiener Praters. Topfblumen reihen sich auf der Fensterbank aneinander – Geschenke von Studierenden, deren Abschlussarbeiten die Institutsleiterin an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) begleitet hat. Geschenke, die die Compliance-Regeln nicht verletzen, sagt Stagl.

Die Forscherin war der erste Mensch weltweit, der einen Dokortitel in Ökologischer Ökonomie erlangte. Im Jänner wurde sie zur Wissenschaftlerin des Jahres 2024 gekürt. Stagl ist bekannt von Medienauftritten und aus Interviews – die Klimaökonomin setzt sich für den nachhaltigen Wandel der Wirtschaft ein. Nach dem Gespräch mit ihr spürt man, dass dafür nicht mehr viel Zeit ist.

Arbeit&Wirtschaft: Die EU-Kommission schwächt zentrale Bestandteile des Green New Deal, die USA sind aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Rückt Klimaschutz angesichts wirtschaftlicher Herausforderungen in den Hintergrund?

Sigrid Stagl: Es gab immer schon Wellen der Aufmerksamkeit für Klimaschutz. Es ist unerfreulich, dass das große Momentum, das 2019 und 2020 aufgebaut war, wo auch wirklich Strukturen verändert wurden, von anderen Krisen überlagert wurde – vor allem, weil diese verbunden sind mit der Klimakrise, aber anders wahrgenommen werden, wie etwa die Energiekrise. Hätten wir schon früher auf erneuerbare Energien gesetzt, hätte uns der Anstieg der Gaspreise nicht so getroffen, und wir wären heute nicht so abhängig von Russland.

Außerdem wurde die Aufmerksamkeit auch mit Miss- und Desinformation verschoben. Das ist ein Problem, weil es eine grundlegende Frage aufwirft: Wie geht es mit unserer Demokratie weiter? Um Klimaschutz demokratisch zu betreiben, müssen wir Klima stärker mit sozialen Themen verschneiden. In dem Versuch, Dinge simpel zu halten, hat man sich in der Vergangenheit oft auf die Umweltperspektive fokussiert. Das produziert Widerstand, weil es dann Handlungsempfehlungen gibt, Menschen sollen das und das tun. Das kommt als moralisierend an, auch weil es für manche

Menschen Verpflichtungen beinhaltet, die sie nicht einhalten können, weil die Infrastrukturen zum Beispiel nicht bereitstehen oder weil man es sich nicht leisten kann. Die soziale Frage muss die Forschungsagenden und auch die Kommunikation über Klimaforschung mehr beeinflussen.

Das von Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) vorgestellte Budget wurde kritisiert, weil klimaschädliche Subventionen nicht anvisiert wurden, außerdem werden einkommensschwache Haushalte belastet. Was ist Ihre Einschätzung zum Doppelbudget?

Es ist einerseits eine positive Nachricht, dass der Finanzminister ein klares Bekenntnis zu Klima- und Umweltschutz kommuniziert hat. Er hat eine andere Art der Klimapolitik angekündigt, die stärker auf Regulierung, wirksame Standards und weniger auf Förderung setzt. Das ist fiskalisch nachhaltiger, außerdem können wir uns viele der Subventionen, wie wir sie bisher hatten, nicht mehr leisten.

Die vergangene Legislaturperiode war die erste, in der beim Klimaschutz etwas



Sigrid Stagl studierte Betriebs- sowie Volkswirtschaft und machte ihren Doktor am Rensselaer Polytechnic Institute in den USA. Sie lehrte und arbeitete an der University of Leeds sowie an der University of Sussex. 2014 gründete sie das Institut für Ökologische Ökonomie in Wien.

„Um die wissenschaftliche Literatur über die Klimakrise zu lesen, muss man eine resiliente Persönlichkeit haben.“

Sigrid Stagl, Klimaökonomin

weitergegangen ist, wir haben die Emissionen um 15 Prozent reduziert. Es hat geholfen, dass die Konjunktur schwach war, aber das war auch proaktive, ambitionierte Klimapolitik. Nur: In der vergangenen Regierung wollte ein Teil Klimapolitik machen und der andere Teil nicht. Und deswegen hat man sie so gemacht, dass sie politisch am wenigsten schmerzhaft ist. Entweder, man verlangt den ökonomischen Akteur:innen im Land etwas ab, indem man umweltschädliches Handeln bestraft. Dafür muss man politisches Kapital einsetzen. Die Alternative ist: Man belohnt klimafreundliches Handeln. Dann muss man wenig politisches Kapital einsetzen. So ist man auf den Pfad gekommen, wo alles beanreizt und subventioniert wurde.

Wo hätte strengere Regulierung einen großen Effekt?

Ich erinnere an das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, wo bereits ein Vorschlag zum Verbot von fossilen Heizsystemen auf dem Tisch lag. Bis 2040 hätten die Haushalte Zeit gehabt, umzustellen. Aufgrund des politischen Widerstands der ÖVP wurde dann auf das Fördersystem umgeschwenkt, weil man an bestehenden Strukturen und Geschäftsmodellen festhalten wollte. Es gab keine politische Mehrheit für das, was

ökonomisch rational war, deswegen wurde eine Klimapolitik gemacht, die teuer war. Eine soziale Abfederung für einkommensschwache Haushalte wäre klarerweise auch beim Gesetzesbeschluss nötig gewesen, aber die Kosten dafür hätten sich in ganz anderen Dimensionen bewegt, als generell staatlich zu fördern.

„Märkte sind nützlich, aber wir müssen sie so verändern, dass sie der Gesellschaft dienen.“

Sie haben im Standard gesagt: „Die Hoffnung auf nachhaltiges grünes Wachstum ist schön und gut, aber wir beobachten es empirisch nur in beschränktem Ausmaß.“ Wird das grüne Wirtschaftswachstum überschätzt?

Das Problem ist, dass der Zeitraum, den wir haben, um klimaneutral zu werden, zu kurz ist. Meine Sorge ist, dass die Reduktionspfade so ambitioniert sind, dass sich das inklusive Wachstum rein rechnerisch nicht ausgeht. Theoretisch ist es vorstellbar, dass wir fortschrittliche Technologien entwickeln, die zu mehr Effizienz führen,

oder Regelwerke finden, die eine breite Gesundheitsinitiative in der Bevölkerung bewirken, sodass alle Menschen plötzlich zu Fuß gehen und Rad fahren. Es ist vorstellbar, dass „social tipping points“ erreicht werden, wo gravierende Veränderungen schnell passieren. Ob uns das rechtzeitig gelingt, weiß ich nicht – ich hoffe es sehr.

Sie forschen auch zur Postwachstumsökonomie, bei der die Wirtschaft nicht auf das ewige Anwachsen von BIP und Kapital ausgerichtet wäre. Wie funktioniert das?

Das mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ist wie bei einem Hürdenlauf. Mit jedem Mal wird die Hürde ein bisschen höher. Bei der Postwachstumsökonomie geht es darum, über wirtschaftliche und menschliche Entwicklungen zu sprechen und nicht vornehmlich über das BIP. Das bedeutet aber nicht, dass das BIP sinken muss. Es ist nur nicht der Fokus der Aufmerksamkeit.

Wir fokussieren auf gesellschaftliche Ziele und menschliche Bedürfnisbefriedigung. Das ist der Job der Wirtschaft – das und gleichzeitig Freiheit zu schaffen. Wir als Gesellschaft müssen gemeinsam die Bedingungen schaffen, damit so viele Menschen wie möglich die Freiheit haben, das zu tun, was ihnen wichtig ist. Das macht für mich eine Postwachstumsgesellschaft aus.



Die Klimaökonomin Sigrid Stagl stellt das ewige Wachstum infrage. Für sie sollten menschliche Bedürfnisse und persönliche Freiheit im Zentrum des Wirtschaftstreibens stehen.

Denken Sie, ein Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft ist möglich ohne einen harten Cut? Es ginge doch um ein völlig neues Wirtschaftssystem.

Interessante Frage: Revolution oder Evolution? Ich glaube, wir haben nicht die Zeit für Revolution. Weil es dringend ist, müssen wir schauen, wie schnell wir eine Evolution hinkriegen. Und wir müssen unterscheiden zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. Märkte sind nützlich, aber wir müssen sie so verändern, dass sie der Gesellschaft dienen, dass sie umweltfreundlich sind. Das sollte uns doch gelingen.

Als Institutionenökonomien bestehen Märkte aus Regeln. Einen unregulierten, freien Markt gibt es nicht, das ist ein Oxymoron. Die Frage ist: Welche Art von Regulierung haben wir?

Das klingt so einfach – woran scheitern wir denn?

An Machtverhältnissen, Allianzen, Institutionen, die historisch gewachsen sind. Wir sehen das auch jetzt beim Budget: Warum haben wir noch immer keine Abschaffung der klimaschädlichen Subventionen? Da stehen gesellschaftliche und ökonomische Interessen dahinter. Das ist enttäuschend, aber wir bleiben dran.

Sie selbst wirken zuversichtlich. Reinhard Steurer, Politikwissenschaftler und Klimaexperte, hat kürzlich bekannt gegeben, dass er seine Medienarbeit zurückschraubt, da sie nichts bringen würde. Man müsse die Bevölkerung jetzt auf die steigende Instabilität durch die Klimakrise vorbereiten. Macht sich in der wissenschaftlichen Welt Resignation breit?

Ja, sehr. Um die wissenschaftliche Literatur über die Klimakrise zu lesen, muss man eine resiliente Persönlichkeit haben. Aber ich kann mir Resignation nicht erlauben. Wenn jemand in meiner Position, der die Möglichkeit hat, sich gut zu informieren, viel nachzudenken, wenn sogar ich resignieren würde, wäre es nachvollziehbar, dass viele andere aufgeben. Und dann kommt mit Sicherheit das befürchtete Ergebnis raus.

Während: Wenn wir alles tun, was uns möglich ist, haben wir keine Garantie, dass das rauskommt, was wir uns wünschen oder erhoffen – aber wir bewahren zumindest eine Chance darauf.

Auch den Gewerkschaften ist die sozial-ökologische Transformation ein Anliegen. Was können Sie Betriebsrät:innen mitgeben, die sich für mehr Umweltschutz im Betrieb einsetzen?

Ich habe viel Respekt vor Gewerkschafter:innen und Betriebsrät:innen. Sie haben eine wichtige Funktion im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System inne. Ich hoffe, dass es – einerseits mit Forschungsergebnissen, andererseits auch mit politischen Positionierungen – öfter gelingt, zu zeigen, dass es nicht darum geht, entweder Klimapolitik oder die soziale Frage anzugehen, sondern dass wir, um Klimapolitik zu schaffen, die soziale Frage ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken müssen.

Um soziale Fragen wie Vermögensverteilung oder Inklusion produktiv angehen zu können, müssen wir die Klima- und Umweltfrage konstruktiv adressieren – denn sonst werden die Vulnerabelsten die sein, die am meisten von der Klimakrise betroffen sein und darunter leiden werden.

Die Klimapolitik ist eine durch und durch soziale Frage. Und diese Message besser rüberzubekommen ist wichtig, weil wir Forscher:innen mit Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen aus der Umwelt- und Klimapolitik-Perspektive sehr viel gemeinsam haben. Es geht darum, die Lebensgrundlagen aller zu sichern, das gute Leben und gute Arbeiten für alle zu sichern. Also insofern glaube ich, dass es eine gemeinsame Agenda gibt. ▮

Mit Schmääh, Charme und Studis

Um gegen die übermächtige Online-Konkurrenz zu bestehen, erfinden sich Buchhandlungen neu: Die FAKTory, eine Kooperation von Arbeiterkammer Wien und ÖGB-Verlag, versucht das mit einer Kombination aus arbeitsrechtlicher Beratung, konsumfreier Zone und Kaffee-Eck. Die Zielgruppe: Studierende.

TEXT RICHARD SOLDER



Die FAKTory in der Universitätsstraße 9 im ersten Wiener Gemeindebezirk neben dem Neuen Institutsgebäude (NIG) ist mehr Begegnungszone als klassisches Geschäftslokal: Ein groß gewachsener Mitzwanziger schlendert an den Bücherregalen vorbei, setzt sich an einen Tisch in der Ecke mit Kaffee-Theke, klappt den Laptop auf und fängt an zu lernen. Bald darauf gesellt sich ein Freund zu ihm. Am Nebentisch unterhalten sich Frauen mittleren Alters. Wer Lesestoff sucht, findet hier neben Fachliteratur, Romanen, Serviceratgebern und Kinderbüchern auch linke Klassiker wie „Das Kapital“ von Karl Marx (modernisierte Version).

Manfred Arthaber, seit über 20 Jahren Leiter des Geschäfts und seit 1982 in der Buchbranche tätig, begegnet hier selbst vielen Menschen. „Servus!“, grüßt er immer wieder in Richtung von Kund:innen – und der Schmääh rennt.

Arthaber hat hier schon einiges erlebt: 2020 wären die Türen der FAKTory fast für

Manfred Arthaber und die Buchhandlung FAKTory laden Buchliebhaber:innen zum Stöbern ein – und zum Verweilen.

„Wir wollen nicht Amazon sein. Der FAKTory-Onlineshop bietet eine von echten Buchmenschen kuratierte Auswahl, die jenseits von Algorithmen inspiriert.“

Manfred Arthaber, Buchhändler

immer zugegangen, die Bücherkisten verschwunden, das Geplauder wäre beinahe verstummt. An diesem Frühlingstag blüht der Laden aber in all seiner Buntheit auf.

In der Kostenfalle

Auch wenn der Gesamtumsatz im Buchhandel 2024 im Vergleich zum Vorjahr leicht stieg – insgesamt um 4,7 Prozent, der stationäre Buchhandel allein um 5 Prozent: Spätestens seit Corona stehen Buchhandlungen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Zeit der Lockdowns haben viele nicht überlebt. Hinzu kommen die Teuerungen, die Digitalisierung und das veränderte Konsumverhalten, berichtet auch Buchhändler Arthaber. Ein größeres Problem brächten

der Buchpreis und die gestiegenen Kosten für Buchhandlungen in den vergangenen Jahren, von Mieten bis Personalkosten.

Buchpreise sind gesetzlich gebunden, das heißt, Verlage schreiben vor, wie viel ein Buch mindestens kostet. Buchhandlungen dürfen das nicht unterschreiten. Aber eigentlich müssten die Preise höher sein. „Denn sie sind bei Weitem nicht so gestiegen wie die Inflationsrate“, sagt Arthaber. „Du bekommst immer noch ein Taschenbuch um 10,30 Euro. In der Wiener Innenstadt zahlst du damit nicht einmal zwei Kaffees.“

Arthaber ist Buchhändler mit Leib und Seele. Das System kranke, und man spürt, dass ihn das trifft. Erschwerend komme hinzu, erklärt er, dass der heimische Buchmarkt stark mit dem deutschen verwoben

ist. Viele Werke erscheinen im Nachbarland. Dadurch, dass die Mehrwertsteuer auf Bücher in Deutschland niedriger ist, sind die Endkund:innenpreise für dieselben Werke in Österreich höher.

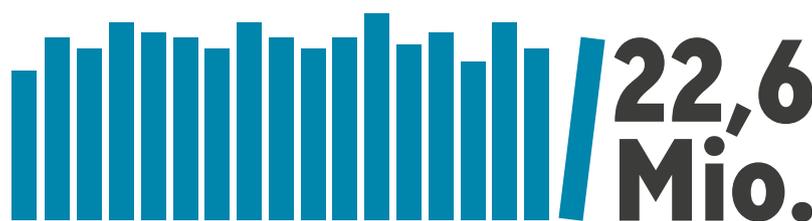
Hoffnung könnte die neue Regierung bringen. Laut Regierungsprogramm soll die derzeit bei 10 Prozent liegende Mehrwertsteuer auf Bücher – laut Hauptverband des Österreichischen Buchhandels einer der höchsten Mehrwertsteuersätze in der Europäischen Union – gesenkt werden.

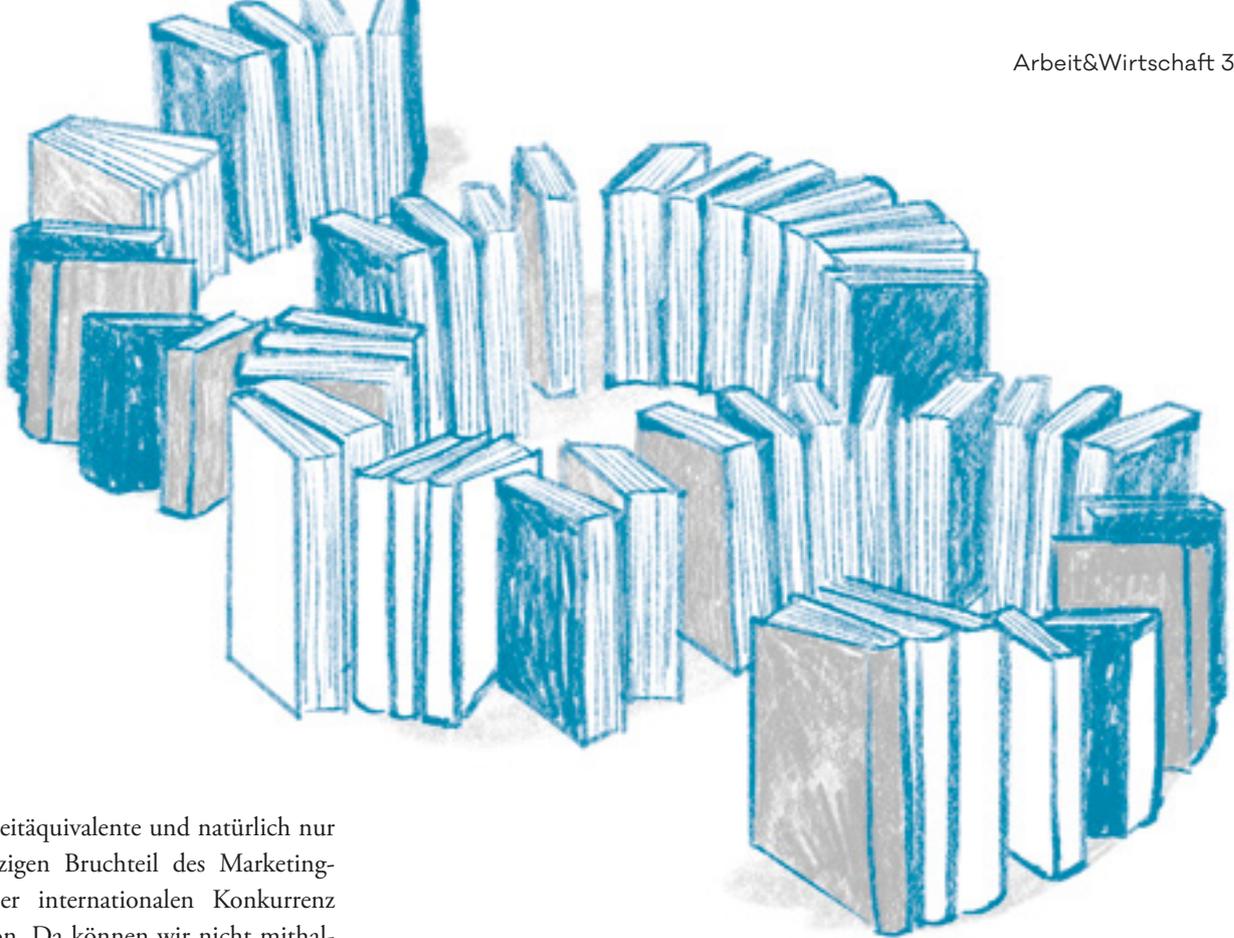
David gegen Goliath

Dann wären da noch Amazon und Co. Wenn Arthaber über sie spricht, kommt der kämpferische, linke, kritische Buchhändler voll und ganz zur Geltung. Mittlerweile, so der gebürtige Wiener mit Wurzeln im Seewinkel im Burgenland, sei es der Großteil der Bevölkerung gewohnt, auf einen Klick Bücher bestellen zu können – und sie am nächsten Tag im Postkasten zu haben. Auch wenn sich viele Buchhandlungen in den vergangenen Jahren nicht zuletzt online modernisiert haben und flexibel auf Nachfragen von Kund:innen reagieren, bleibt es doch ein Kampf von David gegen Goliath: „Bei uns arbeiten zehn Menschen, wir haben

Verkaufte Bücher in Österreich 2024 (etwa 90 Prozent des Absatzes erfasst)

Quelle: Hauptverband des Österreichischen Buchhandels





sechs Vollzeitäquivalente und natürlich nur einen winzigen Bruchteil des Marketingbudgets der internationalen Konkurrenz wie Amazon. Da können wir nicht mithalten“, betont Arthaber. „Blöderweise werden wir trotzdem in manchen Bereichen, etwa was die Funktionalitäten im Web betrifft, mit den Großkonzernen verglichen.“

Dabei ist klar, was die Konzernkonkurrenz wiederum nicht kann: „Wir wollen nicht Amazon sein. Der FAKTory-Onlineshop bietet neben der Möglichkeit, alle lieferbaren Bücher zu bestellen, eine von echten Buchmenschen kuratierte Auswahl, die jenseits von Algorithmen inspiriert.“

Abgesang und Solidarität

Seine Erfahrung hilft Arthaber, die FAKTory durch die unruhigen Gewässer des 21. Jahrhunderts zu führen. Angefangen hat er als 15-jähriger Lehrling bei Freytag & Berndt, einem Verlag mit Sitz in Wien, der sich auf Karten und Stadtpläne spezialisiert hat. Leidenschaft für Lesestoff und Berufung vermittelt Arthaber dabei auch nach über 40 Jahren im Business. Leuchtende Augen bekommt er, wenn er über die Solidarität spricht, die die Buchhandlung in ihrer schwersten Stunde erfahren hat.

2021 hätte die ÖGB-Buchhandlung, wie das Geschäft damals hieß, fast schließen müssen. Finanzielle Altlasten trafen auf die

Lockdowns der Pandemiezeit. Jahrelang verschwand die FAKTory zudem hinter riesigen Baustellen – samt Lärm: Der Standort ist nicht nur direkt neben einer U-Bahn-Baustelle, auch die Universitätsstraße wurde neu gestaltet. Schon im Dezember 2020 schrieb die Journalistin Nina Horacek in der Wochenzeitung „Falter“ ein Loblied – und einen Abgesang: „Die Stadt verliert mit der ÖGB-Buchhandlung eine linke Institution. [...] ORF-Nahostkorrespondent Karim El-Gawhary hat dort ebenso seine Bücher präsentiert wie der linke Publizist Robert Misik, es gab Podiumsdiskussionen und pro Jahr um die 30 verschiedene Veranstaltungen“, schrieb Horacek damals im Artikel.

Das drohende Ende mobilisierte Fans des Geschäfts: Mehrere Tausend unterschrieben eine Petition, eine Mahnwache vor der Buchhandlung wurde abgehalten, erinnert sich Arthaber. Der beliebte Ort müsse bleiben, als Bildungs-Hotspot und gesellschaftspolitischer Treffpunkt, so die Forderung der Unterstützer:innen.

Renaissance

Ein Neustart mit der Arbeiterkammer Wien vor zwei Jahren machte das dann

schließlich möglich. Seitdem bietet die AK am Standort Arbeitsrechtsberatung für Studierende an, und zwar dienstags und donnerstags von 9 bis 17 Uhr durch AK-Jurist:innen. Der Bedarf ist groß, das zeigen steigende Besucher:innenzahlen bei Veranstaltungen und bei der Lern-Lounge sowie eine hohe Nachfrage nach Beratungsslots. Die FAKTory trifft die Bedürfnisse der Studierenden, der Druck an den Universitäten und in den Jobs steigt.

Gemeinsame Veranstaltungen mit der AK Wien gibt es seitdem verstärkt, zwei bis drei pro Woche waren es 2024, von der klassischen Buchvorstellung über Podiumsdiskussionen bis hin zu „How to Praktikum“. Weiterhin werden politisch interessierte Buchliebhaber:innen und Arbeitnehmervertreter:innen angesprochen.

Buchhandlungen, die verschiedene Segmente vereinen und einen Mehrwert bieten: Das ist ein Konzept, auf das immer mehr setzen. Das „Phil“ in der Gumpen-



AUSBEUTUNG AUF BESTELLUNG

Johannes Greß

Johannes Greß hat mit Dutzenden Migrant:innen gesprochen, um ein System der Ausbeutung nachzuzeichnen, von dem Staat und Unternehmen profitieren. Das Ergebnis wurde im Mai mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2024 – Sonderpreis Arbeitswelten – ausgezeichnet.

ÖGB-Verlag | 2024
268 Seiten | EUR 22,90
ISBN 978-3-99046-697-1



DIE SCHEISS 80ER-JAHRE

Michael Mazohl

Die 1980er-Jahre: Dirty Dancing und Flashdance. War da noch was? Journalist, Podcaster und Autor Michael Mazohl klärt auf: Das Jahrzehnt war Höhepunkt politischer Umbrüche in Österreich. Eine vom Team der FAKTory empfohlene Analyse rund um Aufstieg und Fall bedeutender politischer Akteur:innen und den aufkommenden Rechtspopulismus.

Kremayr & Scheriau | 2025
200 Seiten | EUR 25,00
ISBN 978-3-218-01460-1



NINCSHOF

Johanna Sebauer

Eskapismus, aber richtig: Drei Männer, die sich „die Oblivisten“ nennen, wollen der hektischen Zeit entfliehen und in einem Dorf an der österreichisch-ungarischen Grenze ein ruhiges Leben in Vergessenheit führen. Verraten sei: So geht das nicht auf. Buchhändler Arthaber verweist auf überzeugende Erzählung und Komik.

Dumont Verlag | 2023
368 Seiten | EUR 23,70
ISBN 978-3-8321-6820-9

dorfer Straße im sechsten Bezirk ist in Wien diesbezüglich schon ein Klassiker zwischen Buch, Kaffee, Lesungen und auch gleich „Bobo“-Brunch. Neuere kamen hinzu, wie etwa „Hafi Books + Coffee“ nahe der U4-Station Kettenbrückengasse. In allen Fällen sind es Geschäfte, die Alternativangebote schaffen wollen für ganz konkrete Zielgruppen: bewusst einkaufende Konsument:innen, die auf persönliche Beratung setzen und unabhängige Buchhandlungen gegen die internationale Konzernkonkurrenz stärken wollen, im Fall der FAKTory neben den Studierenden auch jene, die sich über Arbeitsrecht und mehr informieren wollen.

Dazu kommen neue Trends, die Menschen zum Lesen inspirieren: etwa der Buchhype „BookTok“ auf der Social-Media-Plattform TikTok: Influencer:innen inszenieren sich dabei mit Büchern – bewusst mit der Wertigkeit eines Printproduktes im Fokus. BookTok pushte lange vor allem Fantasy-,

Young-Adult- und New-Romance-Bücher – und inspirierte dadurch jüngere Zielgruppen. Hilft das? „Schon“, meint Arthaber. Er beobachtet, dass vor allem junge Frauen zum Lesen motiviert würden. Generell seien Frauen die deutlich verlässlichere Zielgruppe als Männer. Arthaber selbst verschlinge aber im Durchschnitt ein Buch pro Woche.

Das Buch lebt

Und welche Bücher empfiehlt der Buchhändler unseres Vertrauens den Leser:innen von Arbeit&Wirtschaft? Arthaber kramt kurz in seinem Laden und kommt mit drei Werken zurück: Zuerst legt er „Ausbeutung auf Bestellung“ von Johannes Greß, seines Zeichens auch A&W-Autor, auf den Tisch. Auch die zweite Empfehlung hat eine Verbindung zu unse-

rem Magazin: „Die schieß 80er-Jahre“ von Michael Mazohl, der mehrere Jahre lang Chefredakteur von Arbeit&Wirtschaft war. Und das dritte Buch schlägt eine Brücke zu Arthabers familiären Wurzeln: „Nincshof“ von Johanna Sebauer, das im Schilf des Neusiedler Sees spielt.

Wollte der Buchliebhaber jemals selbst ein Buch schreiben? „Oh ja, ich hab sogar den Titel schon im Kopf“, antwortet Arthaber und lächelt verschmitzt. Erste Recherchen und Ideen für den Einstieg und das Ende hat er schon parat.

Dass das Buch als Medium bleiben wird, steht für ihn außer Frage: „Ab dem Zeitpunkt, als ich zu arbeiten begann, damals im Jahr 1982, wurde dem Buch immer wieder der Tod vorausgesagt, das erste Mal, als die CD-ROMs auftauchten. Mittlerweile sind diese verschwunden, und die Bücher gibt's immer noch.“

Wozu Reichtum verpflichtet



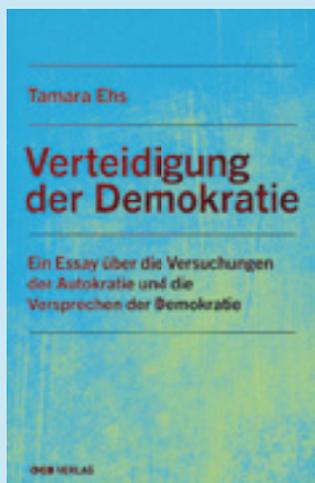
HELENE SCHUBERTH
ÖGB-BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

Österreich leistet sich ein wachstumsfeindliches Steuersystem – und das, während die Wirtschaft das dritte Jahr in Folge in einer Rezession ist und das Budget konsolidiert werden muss. Zwar ist geplant, beim Doppelbudget für 2025 und 2026 nicht nur drastisch einzusparen, sondern auch mittels Offensivmaßnahmen Impulse für die Konjunktur zu setzen. Nüchtern betrachtet sind diese aber viel zu schwach, um die großen Herausforderungen auch nur annähernd zu bewältigen.

Was Österreich bräuchte, ist ein entschlossener Investitionsschub: für Infrastruktur und Klimaschutz, für die Ausbildung von Fachkräften, für Innovation, Forschung und einen starken Industriestandort sowie zur Sicherung günstiger Energie für Unternehmen und Haushalte. Indes wächst die Vermögensungleichheit im Land weiter. Eine aktuelle Analyse des ÖGB auf Basis von Daten der Europäischen Zentralbank zeigt: Während breite Bevölkerungsschichten unter der Teuerungskrise enorm litten, konnten die reichsten 5 Prozent ihr Nettovermögen im Schnitt um 775.000 Euro pro Haushalt steigern. Haupttreiber waren Unternehmens- und Immobilienvermögen – begünstigt durch staatliche Überförderungen und Rekorddividenden. Bei den unteren 50 Prozent lag das Plus im Durchschnitt bei gerade einmal 3.500 Euro.

Heute besitzen die reichsten 5 Prozent 55 Prozent des gesamten Nettovermögens – ein Negativrekord im Euroraum. Damit entfernt sich Österreich zunehmend von den Prinzipien einer leistungsgerechten Marktwirtschaft. Wirtschaftlicher Erfolg wird weniger durch Leistung als vielmehr durch Geburt bestimmt. Wer erbt, sichert seine Stellung oft unabhängig von Innovation oder Arbeit. Dieser Trend untergräbt nicht nur Chancengleichheit – er lähmt auch wirtschaftliches Potenzial. Studien zeigen, dass Personen mit hohen Erbschaften dem Arbeitsmarkt weniger zur Verfügung stehen.

Während Arbeit hoch besteuert wird, bleiben Vermögen praktisch unberührt. Nur 1,5 Prozent des Steueraufkommens stammen aus vermögensbezogenen Abgaben – im OECD-Durchschnitt sind es 5,6 Prozent. Österreich ist eines der wenigen Länder im Euroraum ohne Erbschaftsteuer. Auch eine Steuer auf große Vermögen existiert nicht. Doch wir brauchen ein modernes, wachstumsfreundliches Steuersystem, das diese Vermögen stärker in die Pflicht nimmt – nicht aus Neid, sondern weil eine zukunftsfähige Gesellschaft Gerechtigkeit und Investitionskraft braucht. ►

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag

Verteidigung der Demokratie

Ein Essay über die Versuchungen der Autokratie und die Versprechen der Demokratie

Tamara Ehs

Varia | 2025 | 150 Seiten | EUR 19,90

ISBN 978-3-99046-743-5

Welche Ideen und Werte beschützen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Demokratie verteidigen“-Demonstrationen? Was versprechen Slogans wie „echte“ und „wahre Demokratie“? Und: „Inwiefern würde es mir unter einem freundlichen Diktator denn schlechter gehen als heute in unserer Demokratie?“, wie es ein junger Mann während einer Diskussion formulierte.

Tamara Ehs greift diese Fragen in ihrem neuen Essay auf. Sie setzt sich mit den Strukturen, Inhalten und Voraussetzungen der Demokratie auseinander, geht der Krise der Repräsentation und den autoritären Versuchungen nach. Die Politikwissenschaftlerin und Demokratieberaterin stellt Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Demokratieverteidigung vor. Dabei fordert sie eine Rückbesinnung auf das zweifache Versprechen der Demokratie – Freiheit und Gleichheit. Das heißt aber auch: Damit die Demokratie eine Zukunft hat, muss sie nicht nur verteidigt, sondern weiterentwickelt werden.

JETZT BESTELLEN!



BR-Geschichten

Tipps, Trends und Tratsch aus der BR-Welt

Kurz, praktisch, relevant – der Newsletter für deinen Betriebsratsalltag.

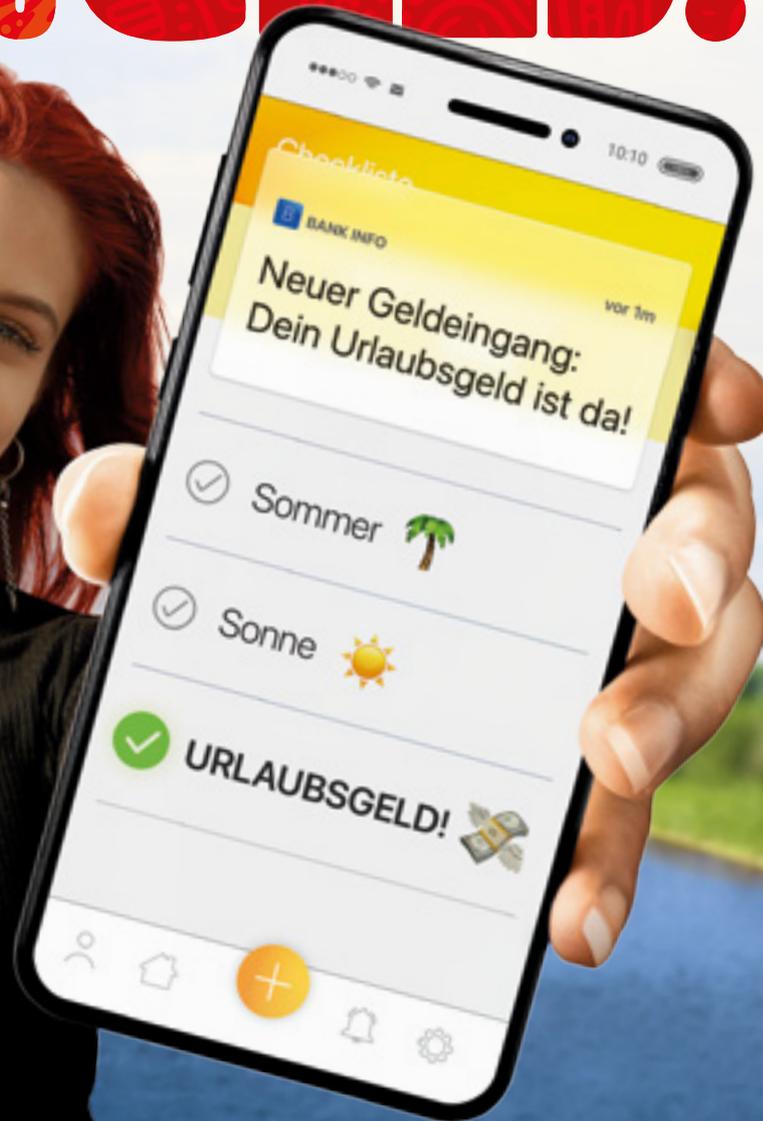
Wie gehen andere Betriebsrät:innen mit Herausforderungen um? Welche **Tipps und Tricks** haben sie für den Alltag parat?

In diesem Newsletter bekommst du **echte Beispiele aus der Praxis**, hilfreiche Tipps und **starke Tools** – kompakt und auf den Punkt.



JETZT ANMELDEN UND INFORMIERT BLEIBEN!

SOMMER. SONNE. URLAUBSGELD. GELD.



**DU KANNST
GEWINNEN!**

1.000 €

Cash aufs Konto oder eine von neun
NINTENDO SWITCH!



Mach mit!
oegj.at/urlaubsgeld

**NUR DEINE STARKEN
GEWERKSCHAFTEN UND
DEIN KOLLEKTIVVERTRAG
SICHERN DIR DEIN URLAUBSGELD.**



Österreichische
Gewerkschaftsjugend

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort